



# Deutscher Bundestag

3. Untersuchungsausschuss  
nach Artikel 44 des Grundgesetzes

Nur zur dienstlichen Verwendung

## Protokoll (Bandabschrift) der 26. Sitzung – Teil 2 - endgültige Fassung\* -

### 3. Untersuchungsausschuss

Berlin, den 26. Februar 2021, 9.00 Uhr  
10557 Berlin, Konrad-Adenauer Str. 1,  
Paul-Löbe-Haus, Europasaal (4.900)

Vorsitz: Vorsitzender Kay Gottschalk, MdB

## Öffentliche Beweisaufnahme

### Einzigster Punkt der Tagesordnung

Seite

**Raimund Röseler (Fortsetzung)**  
(Beweisbeschluss Z-77)

2

\* Korrektur- und Ergänzungsanmerkungen des Zeugen zur vorläufigen Protokollfassung sind als Anlage beigelegt. Die betroffenen Protokollpassagen sind nachfolgend mit einem \* gekennzeichnet.



# Deutscher Bundestag

3. Untersuchungsausschuss  
nach Artikel 44 des Grundgesetzes

## Nur zur dienstlichen Verwendung

(Beginn der Bandabschrift:  
16.39 Uhr)

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Das ist klar. Danke schön, Kollege Hauer. Dann der Kollege Schäffler – bitte schön.

**Frank Schäffler (FDP):** Herr Röseler, ich würde Ihnen gerne einen stillen Vorhalt machen, ob Sie diesen Sachverhalt kennen.

(Dem Zeugen werden Un-  
terlagern vorgelegt.)

Da geht es um - - Sie sehen ja, um was es geht. Kennen Sie den Sachverhalt?

**Zeuge Raimund Röseler:** Nein, überhaupt nicht.

**Frank Schäffler (FDP):** Wissen Sie, ob R5, also Ihre - - was ist das, Abteilung?

**Zeuge Raimund Röseler:** Das Referat für Intensiv-  
aufsicht.

**Frank Schäffler (FDP):** Genau, für die Intensiv-  
aufsicht, ob die das weitergeleitet hat an die Kol-  
legen der Geldwäsche?

**Zeuge Raimund Röseler:** Weiß ich ehrlich nicht. Ich habe das vorher noch nicht gesehen, das Do-  
kument. Ich würde es unterstellen, aber ich weiß  
es ehrlich nicht.

**Frank Schäffler (FDP):** Ich finde, das ist unge-  
wöhnlich, dass so ein Sachverhalt Ihnen nicht  
bekannt ist.

**Zeuge Raimund Röseler:** Ich kenne den auf jeden  
Fall nicht. Mehr kann ich nicht sagen.

**Frank Schäffler (FDP):** Da geht es ja um die ent-  
scheidende Frage.

**Zeuge Raimund Röseler:** Ja, das ist jetzt eine Ver-  
dachtsanzeige zu einem Fall, wo wir nun ganz  
viele Auffälligkeiten haben. Aber ich kenne diese  
Anzeige nicht. Ich würde unterstellen, dass die  
Kollegen von R5 es an die Kollegen von  
Herrn Pöttsch weitergegeben haben.

**Frank Schäffler (FDP):** Ihr Vorgänger, Herr Pötz-  
sch konnte sich nicht erinnern, dass dieser Vor-  
gang existiert.

**Zeuge Raimund Röseler:** Ich sehe den jetzt auch  
zum ersten Mal. Das muss jetzt aber nichts be-  
deuten.

**Frank Schäffler (FDP):** Ich finde schon, dass das  
was bedeutet. Denn das ist ja die - - ich sage mal,  
wenn die Executive-Direktoren der BaFin, die in  
diesen beiden Strängen Verantwortung tragen,  
wenn die von diesem Sachverhalt nichts wissen,  
dann heißt das ja sehr wahrscheinlich, da ist  
auch seitdem nicht viel passiert. Sonst wäre das  
ja irgendwie zu Ihnen gedrungen, denn das ist ja  
ein relevanter Sachverhalt.

**Zeuge Raimund Röseler:** Die Schlussfolgerung  
würde ich jetzt nicht ziehen; sondern man kann  
auch die Schlussfolgerung ziehen, dass die Kolle-  
gen auf der Ebene darunter, auf Abteilungsleiter-  
ebene, sehr wohl da sehr gut zusammen arbeiten.

**Frank Schäffler (FDP):** Aber meinen Sie nicht,  
dass es in der Öffentlichkeit vielleicht eine zent-  
rale Frage ist, wie dieser ominöse Fonds, wie das  
alles ablief?

**Zeuge Raimund Röseler:** Möglich, aber das betraf  
– also, ich sehe das Dokument hier zum ersten  
Mal - betrifft die Bank nicht im Kern. Aber ich  
kenne zu wenig über diesen Fonds, habe ich eben  
schon gesagt.



# Deutscher Bundestag

3. Untersuchungsausschuss  
nach Artikel 44 des Grundgesetzes

## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Frank Schäffler (FDP):** Ja, aber die Wirecard Sales International hatte ein Konto bei der Wirecard-Bank.

**Zeuge Raimund Röseler:** Ja.

**Frank Schäffler (FDP):** Und dieser Sachverhalt ist ja hier relevant.

**Zeuge Raimund Röseler:** Ja, ich meine, ganz viele hatten ein Konto bei der Bank, das waren ganz viele Transaktionen über das Konto. Aber Sie halten mir das Dokument vor, was ich nicht - -

**Frank Schäffler (FDP):** Ja, aber wenn dieses Round-Tripping eine vermutete Betrugsmasche war bei Wirecard - das steht ja im Raum -, dann muss man ja fragen, wie haben die das gemacht? Und dann kommt so ein Hinweis rein, vor langer Zeit - jetzt haben wir 2021, fast März, und das ist mindestens ein halbes Jahr her - und das würde vielleicht zur Sachverhaltsaufklärung wesentlich beitragen, und Sie und Ihr Kollege wissen davon nichts. Also, das finde ich schon relevant.

**Zeuge Raimund Röseler:** Ich kenne das Dokument auf jeden Fall nicht. Mehr kann ich Ihnen dazu nicht sagen.

**Frank Schäffler (FDP):** Ja. Eine andere Sache: Sie haben vorhin über die forensische Vorgehensweise gesprochen, bei Sachverhalten. Der Aufsicht waren ja die Abhängigkeitsberichte der Wirecard-Bank AG bekannt. Und da geht ja hervor, dass im Jahr 2018 von den 100 Millionen strategischen Kredite 20 Millionen nicht ordentlich bedient wurden. Wäre das nicht ein Ansatz gewesen, hier etwas stärker reinzugrätchen – oder früher reinzugrätchen?

**Zeuge Raimund Röseler:** Von den gut 100 Millionen - 117 Millionen waren es glaube ich, so um

den Dreh - war laut Einordnung der Wirtschaftsprüfer ein Kredit ausgefallen von 200\* Millionen [sic].

**Frank Schäffler (FDP):** Nein.

**Zeuge Raimund Röseler:** Doch, es gibt einen in der Ratingstufe 3.

**Frank Schäffler (FDP):** Also hier steht, es sind insgesamt 100 464 000. Und dann steht von diesen Bürgschaften, es sind drei - Aviatec-Holding, Michelipei Asia usw. und WPS - das sind zusammen 20 Millionen, und das ist ein Fünftel.

**Zeuge Raimund Röseler:** Die waren noch nicht mal in der Ratingklasse 3 eingestuft, von dem Wirtschaftsprüfer. Das sind die ausfallgefährdeten, die waren als, sinngemäß „als bemerkenswerte Kredite“ dargestellt. Und vielleicht noch zur Entwicklung dieser strategischen Kredite, das war ja damals noch EY als Prüfer. Der nächste Abschlussprüfer hat eine Stichprobe bei den strategischen Krediten gezogen, die wundert einen heute, aber da waren von 13 Krediten der Stichprobe neun Kredite in der Ratingklasse 1. Das sind, laut Definition von PwC, „Kredite ohne erkennbare Risiken“. Von daher gab es nach den Berichten der Wirtschaftsprüfer keinen Anlass, an der Werthaltigkeit dieses Kreditportfolios als Ganzes zu zweifeln.

**Frank Schäffler (FDP):** Und an der Strategie? Ich sage mal, dass von den 250 Millionen Krediten, die ausgereicht wurde, alleine 100 Millionen für diese strategischen Partner ausgegeben wurden – das war auch kein Problem? Und davon wiederum - -

**Zeuge Raimund Röseler:** Ja doch, das wurde ja auch in Aufsichtsgesprächen diskutiert. Die Bank hatte - so war unser Bild von der Bank - die Bank hatte Kreditgeschäft nicht als Kerngeschäft. Sie



# Deutscher Bundestag

3. Untersuchungsausschuss  
nach Artikel 44 des Grundgesetzes

## Nur zur dienstlichen Verwendung

machte Kreditgeschäft vor allen Dingen in Kooperation mit dem Konzern. Und ganz ehrlich, das machen andere Banken auch, die zu Industriekonzernen gehören. Das ist oft das Motiv, eine Bank zu schaffen, dass irgendwie die Absatzbemühungen des Konzerns unterstützt werden sollen. Ein Kredit war ausgefallen, das war dieser 200\* Millionen-Kredit, den Sie eben auch genannt hatten. Und dann gab es ein paar andere, die waren „bemerkenenswert“. So habe ich das in Erinnerung, aus der Prüfungsberichtsauswertung, die wir von der Bundesbank bekommen haben, so habe ich es in Erinnerung. Aber wir mussten nicht per se an dem ganzen Portfolio zweifeln, in dem Sinne „das ist nicht werthaltig“.

**Frank Schäffler (FDP):** Okay.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Dann Kollege Zimmermann für die SPD Fraktion.

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Vielen Dank, Herr Vorsitzender. Herr Röseler, wir haben ja jetzt die letzten 48 Stunden einige Kolleginnen und Kollegen von BaFin und Bundesbank hier gehabt. Vielleicht können Sie nochmal ganz kurz einordnen, was Ihre Aufgabe ist, und wie sich diese Aufgabe eigentlich in diesem ganzen Fall Wirecard, aus Ihrer Sicht, eigentlich einordnet, als Zuständiger für die Bankenaufsicht.

**Zeuge Raimund Röseler:** Wie ich am Anfang schon sagte, wir haben eine Aufsichtsrichtlinie in Deutschland, das ist gesetzlich vorgegeben, dass wir die im Einvernehmen mit der Bundesbank machen. Die Bundesbank ist in der Fläche präsent, die ist näher an den Instituten dran, und bei nicht aufsichtsintensiven Instituten oder Problem-instituten ist die Bundesbank zuständig für alles, was Informationsgewinnung bedeutet. Dazu gehört auch die Auswertung von Prüfungsberichten. Das macht die Bundesbank, das machen nicht wir. Die Aufgabenverteilung verschiebt sich

ein bisschen, je riskanter oder je größer die Institute werden. Aber das hier war ein damaliger (*akustisch unverständlich*).

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Wenn wir über Institute sprechen, dann sprechen wir in diesem Fall von der Wirecard-Bank AG?

**Zeuge Raimund Röseler:** Ja.

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Das heißt, also das ist ja auch immer wieder ein, aus meiner Sicht finde ich, ein wichtiger Punkt: Die Aufsicht, Ihre Aufsicht, lag auf der Wirecard-Bank AG und nicht auf der Wirecard AG als Ganzes?

**Zeuge Raimund Röseler:** Exakt.

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Jetzt haben wir mit Herrn du Buisson gesprochen und mit Herrn Damberg - das sind zwei Beamte in der Linie Ihrer Zuständigkeit?

**Zeuge Raimund Röseler:** Herr Damberg ja, Herr du Buisson war das, bis vor zwei/drei Jahren, jetzt ist er es nicht mehr.

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Ja, gut, nur um das unserem Zeugenportfolio richtig zuzuordnen. Jetzt haben wir uns mit den beiden Herren schon intensiv über zwei Dinge unterhalten, die irgendwie doch eine große Rolle spielen, weil es so ein bisschen das Framing ist, „hätte Herr Röseler mit seinen Leuten mal bisschen ordentlicher geprüft, dann wäre die Wirecard AG als Finanzholding eingestuft worden, dann hätte man das alles viel früher entdeckt“. Das ist ja das, was so im Raum steht. Gab es - aus Ihrer Sicht oder aus ihrer Erinnerung - irgendwann mal von irgendeiner Seite einen Hinweis oder auch, dass man auf Sie zugegangen ist, und gesagt hätte, „wir müssen uns mal über die Einstufung der Wirecard als Ganzes unterhalten“?



# Deutscher Bundestag

3. Untersuchungsausschuss  
nach Artikel 44 des Grundgesetzes

## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Zeuge Raimund Röseler:** Wir hatten es ja regelmäßig auf Wiedervorlage. Wir hatten ja auch vor, es erneut zu prüfen, wenn die Re-Organisation des Konzerns vollzogen worden wäre. Und wir haben uns Anfang 2020, nachdem das Inhaberkontrollverfahren neu gestartet war, haben wir uns vorgenommen, dann auch wieder über das Thema Finanzholding erneut zu prüfen. Aber vielleicht ganz grundsätzlich: primär zuständig für die Prüfung der Finanzholding-Eigenschaft ist erstmal das Unternehmen. Dann muss der Wirtschaftsprüfer prüfen, ist das Unternehmen dieser Pflicht nachgekommen, und dann kommen erst wir.

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Wir machen das - auch wenn wir immer sagen, dass es natürlich schwierig ist, aber es gehört natürlich zum Untersuchungsausschuss dazu. Wir blicken zurück mit den Erkenntnissen, mit dem Wissen, mit dem doch sehr tiefen Einblick in die Konstruktion, in das Unternehmen, in die Geschäftstätigkeit. Würden Sie sagen, dass die Einstufung richtig war?

**Zeuge Raimund Röseler:** Nachdem diese ganze Geschichte dann geplatzt ist, habe ich zuallererst mein eigenes zentrales Rechtsreferat, Referat BA51, beauftragt, „prüft nochmal diese Entscheidung von damals“, allerdings auch mit dem Wissen von damals. Schließlich war ja klar, dass es zu einem der ganz zentralen Punkte hier kommt. Die kamen zu dem Schluss, die Entscheidung war richtig. Und dann haben wir im Laufe des Jahres 2020, das war irgendwann im Herbst, haben wir nochmal geprüft, mit dem Wissen, was wir dann über die Tätigkeit einzelner Tochtergesellschaften hatten. Hätten wir mit dem Wissen - hätten wir das in 2017 gehabt, immer noch die gleiche Entscheidung in 2017 getroffen? Ja, hätten wir. Da gab es einen kleinen Disput, aber der war vom Ergebnis her gleich. Da ist nur eine Mail geleakt worden, von einem meiner Mitarbeiter - da erinnern Sie sich vielleicht noch -, da sah es so aus, als ob man da zu einer anderer Meinung

hätte kommen können; war nicht so. In dieser Mail wurde lediglich diskutiert, muss man für diese Konsolidierungsbetrachtung weltweit alle Töchter berücksichtigen oder nur die europäisch zugelassenen? Wir waren der Meinung: weltweit alle. Wenn es nur die europäischen gewesen wären, dann wäre es sowieso eine klare Sache gewesen: wenn es keine Finanzholding gewesen wäre, auch dann nicht. Also, das Ergebnis hatten wir in 2020 verifiziert.

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Wir haben dann ja die Situation, dass die „Acquiring und Issuing“ als Finanzholding quasi qualifiziert war. Und es dann aber das Ansinnen durch das Inhaberkontrollverfahren gab, diesen Zustand zu ändern, die Wirecard-Bank AG direkt unter die Wirecard AG zu hängen. Aber auch dieser Schritt hätte an der Einstufung der Wirecard AG nichts verändert, richtig?

**Zeuge Raimund Röseler:** Nein, überhaupt nicht.

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Genau. Jetzt ist einer der Punkte, wo wir uns so ein bisschen fragen, dass die Prüfung, die ja im Wesentlichen auch von der Bundesbank mit durchgeführt wurde, das war Februar 2017, da haben wir auch die Schriftstücke dazu - - Damals hatte die zuständige Referentin bei der Bundesbank in einem Schreiben an die BaFin schon so ein bisschen verklausuliert geschrieben, dass es quasi von Seiten der Wirecard schon die Androhung - das steht da drin - gäbe, die Bank umzuhängen. Und dann wurde ja auch das Inhaberkontrollverfahren begonnen. Das wurde dann aber nie zu Ende geführt. Da stellt sich so ein bisschen die Frage: Ist das vielleicht eine kluge Masche in so einer Situation? Ich kündige etwas an, vertage es dann immer wieder, schiebe es vor mir her auf den Sankt-Nimmerleins-Tag und verhindere somit eine weitreichendere Aufsicht.



# Deutscher Bundestag

3. Untersuchungsausschuss  
nach Artikel 44 des Grundgesetzes

## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Zeuge Raimund Röseler:** Die konnten sich ja nicht darauf verlassen, dass wir deswegen nicht das Thema „Finanzholding“ doch mal neu prüfen. Deswegen weiß ich nicht, ob das das Motiv war. Soweit ich das weiß, wurde es von der Wirecard so erklärt, dass da irgendeine Konzernmitarbeiterin, die dafür verantwortlich wäre, einen neuen Job übernommen hätte, und deswegen hätten sie schlicht ein personelles Problem, das jetzt zu machen. Das ist halt geschoben worden. Aber die konnten sich ja nicht darauf verlassen, dass wir deswegen das Thema „Finanzholding“ nicht doch neu angehen. Aber wir kennen auch alle nicht das Ergebnis, auch wenn wir es neu angegangen wären. Ich weiß nicht, was jetzt in 2020 oder 2021 das Ergebnis gewesen wäre – mit heutiger Unternehmensstruktur oder der von 2020.

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Das ist klar. Aber es ist natürlich auf der anderen Seite - zumindest aus unseren Unterlagen im Februar 2017 - schwarz auf weiß festgestellt, die „Acquiring und Issuing“ ist eine Finanzholding, mit den zusätzlichen Töchtern, die dann mit darunter gefallen wären. Und durch das Inhaberkontrollverfahren hat man sich in Anführungszeichen - ich glaube, darum ging es ja der der Wirecard wahrscheinlich am ehesten - sich Arbeit zu sparen. Aber trotzdem hat man sich das ja dann gespart, weil man das Inhaberkontrollverfahren nicht zu Ende geführt hat. Haben Sie Erkenntnisse, inwiefern eine Ausweitung der Aufsicht auf die „Acquiring und Issuing“ und alle weiteren Töchter, die darunter lagen, auch im Nachhinein betrachtet, möglicherweise etwas hätte aufdecken können?

**Zeuge Raimund Röseler:** Nein, die ganzen asiatischen Gesellschaften, die hier ja im Fokus stehen, wären da alle nicht drin gewesen. Es war im Wesentlichen die Wirecard-Solutions UK, die unter englischer Aufsicht stand und die ziemlich kleine Wirecard Ödem aus der Türkei, die auch beaufsichtigt war. Die ganzen Firmen, die hier im

Mittelpunkt von dem ganzen betrügerischen Vorgehen stehen, die waren da fast überhaupt nicht drin. Da hätten wir keinen Zugriff drauf gehabt.

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Wie groß ist der Spielraum, den die BaFin zusammen mit der Bundesbank bei diesen Entscheidungen, bei diesen Einstufungen hat? Wir haben das ja mittlerweile gelernt, klar es kommt eine juristische Einschätzung, es kommt aber natürlich auch eine wirtschaftliche Einschätzung logischerweise mit dazu. Wie groß ist der Spielraum, den Sie da haben?

**Zeuge Raimund Röseler:** Ich bin mir jetzt nicht sicher, ob ich die Frage so richtig verstehe. Also, ich meine hier gibt es klare Regeln in der CRR, die ein Ermessen verlangen. Und jetzt muss ich mal fragend zu meinem Juristen an der Seite - weil ich bin kein Jurist - schauen, ob ich das irgendwie näher definieren muss/kann. Aber das ist eine Ermessensentscheidung, klar, das heißt, es ist nicht Tick-the-Box.

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Die Frage ist ja so ein bisschen, ist das immer am Ende ein Ergebnis, das unverrückbar ist? Das läuft alles darauf zu. Wir haben heute und gestern gelernt, dass zum Beispiel Herr du Buisson und Frau Folter von der Bundesbank, die haben darüber diskutiert, wie man diese Einstufungsfrage angeht. Frau Folter hat, sage ich mal, einen sehr großflächigen Ansatz gewählt, mit einer Zusammenstellung von sehr vielen Daten, Bilanzdaten, Einschätzung von Tochterunternehmen usw., während Herr du Buisson eher pragmatisch da drauf stand. Das spricht vielleicht auch dafür, dass das eine damals eine 25-jährige Kollegin war, und das andere eher der erfahrenerer Kollege - mit einfach unterschiedlichen Blicken. Aber daher die Frage: Wie groß ist da eigentlich der Ermessenspielraum, wenn man doch am Ende so unterschiedliche Ansätze offenbar wählen kann? Die



# Deutscher Bundestag

3. Untersuchungsausschuss  
nach Artikel 44 des Grundgesetzes

## Nur zur dienstlichen Verwendung

wären übrigens beide angeblich zum gleichen Ergebnis gekommen.

**Zeuge Raimund Röseler:** Also meine Wahrnehmung ist, der Ansatz von der Bundesbank wäre schon der richtige gewesen, wirklich faktenbasiert das einmal ganz sauber durchzugehen. Die Ermessensfrage hat sich so auch nicht gestellt. Weil, das war jetzt für uns kein Grenzfall, das Ergebnis war für uns ja eindeutig.

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Ja, das ist für die erste Runde ein gutes Schlusswort. Danke.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Vielen Dank, Dr. Zimmermann, und als nächstes hat das Wort Fabio De Masi für die Fraktion Die Linke.

**Fabio De Masi (DIE LINKE.):** Vielen Dank. Herr Röseler, Sie haben sich ja exekutiv - dem Direktorium, dem Sie ja angehören - auch ausgetauscht. So hat Ihr Kollege das vorhin berichtet, auch über das Leerverkaufsverbot. Können Sie sagen, welche Ermittlungstatbestände bei der Staatsanwaltschaft Frau Roegele geschildert hat, um welche Sachverhalte es sich dort handeln würde?

**Zeuge Raimund Röseler:** Also Frau Roegele hat uns informiert - ich weiß gar nicht mehr, ob wir zusammen informiert worden sind, oder ob sie mich vorher noch angerufen hat -, dass sie ein Leerverkaufsverbot plant, weil sie von der Staatsanwaltschaft Hinweise bekommen hat, dass Wirecard erpresst würde, der Erpresser würde zig Millionen fordern - -

**Fabio De Masi (DIE LINKE.):** Okay, vielen Dank, das ist schon hinreichend. Ich frage das nur immer ab, weil die Staatsanwaltschaft bei uns hier ausgesagt hat, dass sie gar nicht wegen Erpressung ermittelt hätten. Deswegen ist das immer, wir sagen, ein Kuriosum, das ich immer wieder hier nochmal bestaunen möchte.

Ich wollte Sie zu einem anderen Vorgang nochmal fragen: Angenommen, die Financial Intelligence Unit würde im Zusammenhang mit dem bereits thematisierten EMIF-Fonds den wirtschaftlichen Berechtigten ermitteln oder dazu Erkenntnisse haben - wäre die Financial Intelligence Unit verpflichtet, Ihnen das mitzuteilen?

**Zeuge Raimund Röseler:** Weiß ich ehrlich nicht.

**Fabio De Masi (DIE LINKE.):** Das wissen Sie nicht, okay.

**Zeuge Raimund Röseler:** Die Abteilung, die Geldwäsche macht, das ist ja wirklich ein Geldwäschethema, vielleicht Herr Pötzsch. Ich weiß es ehrlich nicht.

**Fabio De Masi (DIE LINKE.):** Okay, das stimmt, es ist ein Geldwäschethema. Aber ich frage das auch deswegen, weil wiederum Ihr Kollege aus der Geldwäsche vorher gesagt hat, dass ich Sie zu diesem Sachverhalt fragen soll.

**Zeuge Raimund Röseler:** Also, ich weiß wirklich nicht, wie es bei der FIU ist. Aber wenn eine Staatsanwaltschaft ermittelt, dann müssen sie uns informieren, würde ich mal unterstellen. Aber ich weiß es nicht, das bei einer FIU ist ja sehr ähnlich.

**Fabio De Masi (DIE LINKE.):** Ich sage Ihnen auch warum: Weil ich habe die FIU gefragt, und die FIU hat bestätigt, dass sie dazu Erkenntnisse hat oder Abfragen getätigt hat bei ausländischen Behörden. Und komischerweise ist dieser Vorgang in der BaFin aber nie aufgeschlagen. Aber gut, werden wir uns nochmal getrennt angucken.

Ich würde jetzt nochmal gern hier auf etwas zurückkommen: Sie haben ja im Prinzip ausgeführt, dass die Mängel, die da auch im Zuge der Aufwärtsaufspaltung existierten, und dass das nicht richtig nachverfolgt wurde, dann kam die



# Deutscher Bundestag

3. Untersuchungsausschuss  
nach Artikel 44 des Grundgesetzes

## Nur zur dienstlichen Verwendung

Corona-Krise, und dann haben ja diese, wie hieß das, die Covid 19-Gespräche, die aufsichtsrechtlichen Gespräche auch stattgefunden. Ist doch korrekt, dass Sie einen Termin abgesagt haben, weil dort drei Corona-Erkrankungen mit Mitarbeitern der Wirecard AG aufgetreten sind. Waren das Mitarbeiter der Wirecard-Bank oder der Wirecard AG?

**Zeuge Raimund Röseler:** Mir wurde aus dem Umfeld der Gesprächspartner, mit denen wir verabredet waren - verabredet war ich mit dem Bankvorstand und Herrn Braun - und jetzt weiß ich nicht, aus wessen der beiden Umfelder die Corona Erkrankten kamen. Ich kenne auch nicht die Zahl drei, ich weiß nur, dass es Corona - -

**Fabio De Masi (DIE LINKE.):** Okay, ich kenne die Zahl drei – und es wird abgestellt auf die Wirecard AG, deswegen wollte ich nochmal nachfragen, ob wirklich die Leute aus der Bank betroffen waren. Ganz interessant war - ich habe mir mal die Zahlen vom RKI für den Tag angeguckt, an dem das war - da gab es laut RKI in ganz Bayern 48 Fälle, und davon müssen dann, sage ich mal, allein sechs Prozent nur auf Wirecard entfallen sein. Das ist zumindest statistisch auffällig. Aber gut, das sei mal dahin gestellt. Ich möchte Sie nur fragen: Wie haben denn die Prüfer in demselben Zeitraum Prüfungshandlungen vorgenommen, wenn der BaFin solche Gespräche nicht möglich waren?

**Zeuge Raimund Röseler:** Das Gespräch sollte ja in der BaFin sein, nicht bei der Wirecard.

**Fabio De Masi (DIE LINKE.):** Okay. Ist es zutreffend, dass diese Sachverhalte, die im Zuge dann der Covid-Gespräche, also die man hätte nachverfolgen sollen, sind die denn wirklich dort thematisiert worden, im Zuge von einem Austausch, der dann im April oder Mai oder so stattgefunden hat?

**Zeuge Raimund Röseler:** Ich habe an den Covid-Gesprächen ja nicht teilgenommen. Wir haben mit mehr als 100 Banken Covid-Gespräche initiiert, wöchentlich damals. Ich habe natürlich nicht an diesen ganzen Gesprächen teilgenommen. Mir wurde gesagt, dass da auch über die Sachverhalte gesprochen wurde. Ich habe sie aber in keinem Protokoll gefunden.

**Fabio De Masi (DIE LINKE.):** Okay, das ist ein interessanter Hinweis. Das heißt, Ihnen wurde das so berichtet, aber Sie konnten das nicht eigenhändig verifizieren. Sind Ihnen denn alle Protokolle zu diesem Vorgang übermittelt worden? Es gab, glaube ich, drei Gespräche, wenn ich das richtig erinnere.

**Zeuge Raimund Röseler:** Ich bekomme standardmäßig die Protokolle von allen Covid-Gesprächen. Deswegen unterstelle ich das auch mal hier, aber ich weiß jetzt nicht auswendig, wieviele ich da bekommen habe.

**Fabio De Masi (DIE LINKE.):** Okay, aber zumindest haben Sie sicherlich dann thematisiert - auch innerhalb der BaFin -, hier wird mir mitgeteilt, dass etwas thematisiert wurde, was dann sich aber in den Protokollen gar nicht wieder findet?

**Zeuge Raimund Röseler:** Ja, aber erst später.

**Fabio De Masi (DIE LINKE.):** Okay, vielen Dank. Ich will noch gerne einen Sachverhalt hier vorlesen, und zwar MAT A BMF-24.40 Blatt 39 - da schreibt Herr Conert aus dem BMF an Herrn Huffeld,

... Zugleich haben Sie auch darauf hingewiesen, dass die BaFin nur für die Tochter Wirecard Bank zuständig ist, nicht für die gesamte Wirecard AG. Hierzu wäre ich Ihnen dankbar, wenn Sie erläutern



# Deutscher Bundestag

3. Untersuchungsausschuss  
nach Artikel 44 des Grundgesetzes

## Nur zur dienstlichen Verwendung

könnten, warum die BaFin basierend auf den am 27. Juli 2019 in Kraft getretenen Änderungen der CRR zur Einstufung von Unternehmen als Finanzholding-Gruppe nicht die gesamte Wirecard-Gruppe unter Aufsicht gestellt hat, auch wenn die Geschäftsberichte der Wirecard-Gruppe für das Geschäftsjahr 2018 bereits seit Mai 2019 vorlagen.

Was wäre denn Ihre Antwort auf die Frage von Herrn Conert?

**Zeuge Raimund Röseler:** Durch diese Rechtsänderung der CRR hat sich materiell gar nicht so viel geändert, weil die CRR ist eigentlich aus der Q&A der EBA gegossen worden – und damit die gleichen Kriterien, die wir vorher hatten.

**Fabio De Masi (DIE LINKE.):** Das heißt, die CRR war nicht einschlägig, sondern wenn wirtschaftliche - -

**Zeuge Raimund Röseler:** Ja, in der CRR sind die Kriterien niedergeschrieben worden, die vorher in der EBA Q&A drinstanden, die wir angewendet hatten, in 2017 schon.

**Fabio De Masi (DIE LINKE.):** Okay – und wie kriegen Sie das eigentlich zusammen, also auch Ihre Aussage, „Sie hätten das nochmal retrospektiv sich angeschaut, das wäre alles weiterhin so zu vollziehen diese Entscheidung“, dass Herr Huffeld hier in der Sondersitzung des Ausschusses auch gesagt hat, „aus heutiger Perspektive würde er eine andere Einstufung vornehmen“?

**Zeuge Raimund Röseler:** Weiß ich jetzt nicht, wie er dazu gekommen ist.

**Fabio De Masi (DIE LINKE.):** Also mittlerweile - - Er hat nicht gesagt „rückblickend zum damaligen Zeitpunkt“, aber „heute“ – bezogen auf das

Wachstum des Unternehmens. Das würden Sie nicht teilen?

**Zeuge Raimund Röseler:** Also heute würden wir da wahrscheinlich viel ganz anders machen, Aber „Finanzholding“ müssten wir schlicht prüfen. Ich kenne das Ergebnis nicht.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Vielen Dank, dann Dr. Bayaz für Bündnis90/Die Grünen.

**Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Guten Morgen, Herr Röseler. Ich will mit einem aktuellen Fall beginnen, der durchaus auch mit Wirecard zusammenhängen könnte, deswegen ja auch vor dem Untersuchungsauftrag gedeckt ist: Und zwar war zu lesen - im Handelsblatt vor zwei oder drei Tagen -, dass die Staatsanwaltschaft der BaFin ein Auskunftersuchen überreicht hat, weil Sie offenbar Aufsichtspflichten nicht nachgekommen sind. Können Sie uns dazu was sagen? Worum es da geht, weil es ja auch um Wirecard geht?

**Zeuge Raimund Röseler:** Ja, ich weiß aber nicht ob das vom Untersuchungsgegenstand erfasst ist, ich sage es aber trotzdem. Es ging um drei Themen, wobei ich es noch schlicht nicht gesehen habe. Aber ich habe mir sagen lassen, drei Themen. Ein Thema ist „Mitarbeitergeschäft“, das andere ist das Thema „Leerverkaufsverbot“ und das dritte war irgendwie so sinngemäß, „mangelnde Aufsicht wegen Nichtstun“, war aber hübscher formuliert.

**Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Alle Fragen, die wir uns hier auch stellen.

**Zeuge Raimund Röseler:** Ja, war hübscher formuliert, aber das war ungefähr so der Inhalt.

**Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Gut, aber bei dem Leerverkaufsverbot - das ist ja eindeutig von dem Untersuchungsauftrag gedeckt



# Deutscher Bundestag

3. Untersuchungsausschuss  
nach Artikel 44 des Grundgesetzes

## Nur zur dienstlichen Verwendung

- da war zu lesen - aber jetzt habe ich Sie hier, deswegen nutze ich die Gelegenheit -, ob das rechtmäßig gewesen ist. Ist das die Frage, die auch die Staatsanwaltschaft an Sie stellt?

**Zeuge Raimund Röseler:** Ich höre gerade, das wäre nicht vom Untersuchungsauftrag gedeckt, weil es eben jetzt passiert ist, vor zwei Tagen.

**Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Also, da habe ich eine ganz andere Meinung, wenn wir über die Frage „Rechtmäßigkeit vom Leerverkaufsverbot“ reden.

**Zeuge Raimund Röseler:** Also, mir hat damals Frau Roegele berichtet, was sie da vor hat, und warum sie es vor hat. Für mich klang das plausibel. Ich habe aber nicht die Rechtmäßigkeit dafür zu prüfen, das war deren Zuständigkeit und deren Verantwortungsgebiet.

**Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Aber die Staatsanwaltschaft interessiert sich auch dafür, ob das Leerverkaufsverbot, das verhängt wurde am 18. Februar 2019, rechtmäßig gewesen ist. Können Sie das bejahen?

**Zeuge Raimund Röseler:** Dass die Staatsanwaltschaft sich dafür interessiert? Ja.

**Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Gut, das ist doch eine Ansage. Vielen Dank. Nochmal zu dem Leerverkaufsverbot und der Frage „Gespräch im Direktorium“ – das war eine Telefonkonferenz, wenn ich mich an Herr Hufeld da richtig erinnere?

**Zeuge Raimund Röseler:** Ich habe auch in vager Erinnerung, es war eine Telefonkonferenz – einmal mit Herrn Hufeld, Frau Roegele und mir. Ich würde nicht ausschließen, ich weiß es aber schlicht nicht mehr, ob ich nicht auch bilateral mit Frau Roegele vorher gesprochen hatte, aber gleicher Inhalt auch. Also, mir wurde gesagt, es

gibt diesen Erpressungsfall. Nur sicherheitshalber schließe ich es nicht aus, weil wir haben oft bilateral gesprochen, zu allen möglichen Themen.

**Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Klar, verstehe ich. Ist auch schon ein bisschen her. Erinnern Sie sich, ob - sowohl in der Direktoriusrunde als auch in dem möglichen bilateralen Gespräch - die Einschätzung in der Bundesbank zu diesem Fall eine Rolle gespielt hat? Entweder weil Sie möglicherweise danach gefragt haben oder weil Frau Roegele was dazu gesagt hat.

**Zeuge Raimund Röseler:** Nein, habe ich nicht in Erinnerung, dass das irgendeine Rolle spielte.

**Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Also, Sie können sich nicht erinnern oder Sie glauben nicht, dass die Bundesbank da eine Rolle gespielt hätte?

**Zeuge Raimund Röseler:** Ich kann mich nicht erinnern, dass da darüber gesprochen worden ist, über die Einschätzung der Bundesbank. Ich meine, dass es später - wir hatten erst eine Telefonkonferenz und dann hatten wir möglicherweise eine physische Direktoriumssitzung, wo darüber - - Ich habe es irgendwann danach erfahren, dass die Bundesbank im Bereich Finanzstabilität das nicht mitträgt. Ich meine, das hätte ich in der physischen Direktoriumssitzung erfahren, die dann später war.

**Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Da war dann das Leerverkaufsverbot aber verhängt, oder?

**Zeuge Raimund Röseler:** Ja.

**Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Des Weiteren soll es ein Gespräch gegeben haben - - Entschuldigen Sie, nochmal einen Schritt zu-



# Deutscher Bundestag

3. Untersuchungsausschuss  
nach Artikel 44 des Grundgesetzes

## Nur zur dienstlichen Verwendung

rück: Das heißt, zu dem Zeitpunkt, wo Sie im Direktorium - man brauchte ja nicht Ihr ok, das ist nicht Ihr Ressort, aber als Direktorium spricht man sich ab - habe ich jetzt den Eindruck, die Information wurde vorenthalten. Sie haben das später, nachdem die Entscheidung getroffen wurde, zum ersten Mal gehört. Das habe ich jetzt so richtig vernommen? Zumindest erinnern Sie sich nicht, dass die Bundesbank-Einschätzung eine Rolle gespielt hätte?

**Zeuge Raimund Röseler:** Also, auf jeden Fall in dieser ersten Telefonkonferenz weiß ich gar nicht, ob es die Bundesbank-Einschätzung dazu schon gab. Das weiß ich schlicht nicht.

**Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Wissen Sie, wann das Telefonat war? Also die Uhrzeit?

**Zeuge Raimund Röseler:** Ich glaube, es war ein Sonntag, würde ich jetzt aber auch nicht drauf schwören.

**Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Dann war es auf jeden Fall da. Die Bundesbank hat um 15.00 Uhr, 16.30 Uhr, 20.30 Uhr am Freitag geliefert.

**Zeuge Raimund Röseler:** Weiß ich nicht. Dadurch, dass das ja auch nicht meine Zuständigkeit war, habe ich da auch nicht so eine ausgeprägte Erinnerung dran.

**Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Volles Verständnis, deswegen frage ich ja auch nach, ob Sie sich erinnern. Wann hat denn das Gespräch, bei dem Sie dann, glaube ich, nicht involviert gewesen waren, mit den anderen nationalen Pendanten und der ESMA, nach Ihrer Erinnerung stattgefunden? Wissen Sie da was?

**Zeuge Raimund Röseler:** Nein. Ich weiß, dass es eine Runde dazu gab. Das hat Frau Roegele berichtet. Aber ich weiß ehrlich nicht, wann.

**Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Wissen Sie auch nicht, gut. Vielleicht noch eine Frage, weil mir die Zeit ein bisschen davon läuft: Ich weiß nicht, ob wir den Komplex ganz aufbohren können, aber Sie hatten ja vorhin gesagt - als Sie mit dem Herrn Zimmermann gesprochen hatten, über das Vorgehen von Frau Folter, die gestern hier war -, das sei der „saubere richtige Weg“, den die Bundesbank da geht. Dazu muss man auch wissen, Frau Folter hat so ein Template gebaut, mit den Tochtergesellschaften, und im Dialog mit der Wirecard haben die eher in so einem Self-Assessment sich da eingetragen, wo sie sich jeweils wieder sehen, und damit natürlich auch schon maßgeblich beigesteuert, also dem Ergebnis der Einstufung. Ist das aus Ihrer Sicht, würden Sie sagen, es ist normales Vorgehen?

**Zeuge Raimund Röseler:** Nein. Ich weiß jetzt nicht, wie es da gelaufen ist. Normales Vorgehen ist, man lässt sich die Jahresabschlussunterlagen geben, die geprüft worden sind vom Wirtschaftsprüfer, was hier jetzt, ehrlich gesagt, ja auch nicht so viel geändert hätte. Aber das ist das Vorgehen, was ich erwarten würde.

**Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Okay, das ist definitiv offenbar nicht der Fall gewesen, sondern man hat quasi dieses Tablet gebaut, der Wirecard zur Verfügung gestellt, die haben sich dann einklassifiziert, dann hat man das plausibilisiert, aber nichts mehr geändert und das Ergebnis so dann akzeptiert.

**Zeuge Raimund Röseler:** Aber ich weiß, dass wir - - In 2020 zum Beispiel, gab es ja schon einmal eine erste Datenanforderung, weil das Verfahren, das Inhaberkontrollverfahren, wollten wir wieder



# Deutscher Bundestag

3. Untersuchungsausschuss  
nach Artikel 44 des Grundgesetzes

## Nur zur dienstlichen Verwendung

aufmachen. Da hat man nach Jahresabschluss-Unterlagen gefragt.

**Dr. Danyal Bayaz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): 2020?

**Zeuge Raimund Röseler:** Ja, deswegen habe ich unterstellt, dass das in 2017 ähnlich wär.

**Dr. Danyal Bayaz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, wurde uns gestern anders geschildert. Aber können wir vielleicht in der zweiten Runde nochmal sprechen. Danke.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Vielen Dank. Ich würde - - Zum einmal mal die Ankündigung, um 17.30 Uhr, habe ich gehört, wird das Catering - - Also, wer sich noch auf eine längere Sitzung mit Kohlenhydraten und Flüssigkeit eindecken möchte, sollte dies jetzt tun.

Ja, ich kann nicht so ganz in das Hosianna vom Kollegen Dr. Zimmermann, und auch was die Finanzholding angeht, einstimmen. Herr Röseler, uns liegt ein Schreiben an Herrn Hufeld, der ja immerhin Ihr Präsident war, vor - vom 23. Juni 2020 von Frau Dr. Eva Wimmer, bekanntlich Leiterin der Abteilung VII, Finanzmarktpolitik im BMF. Frau Dr. Wimmer schrieb an Herrn Hufeld, ich zitiere

... In Ergänzung zu Ihrem am 22. Juni 2020 übermittelten Vermerk bzgl. der Konsolidierungsfrage wäre ich Ihnen dankbar, wenn Sie erläutern könnten, warum die BaFin bisher nicht die gesamte Wirecard-Gruppe unter Aufsicht gestellt hat.

Wohlbemerkt – nicht irgendjemand, das BMF

Die Geschäftsberichte der Wirecard-Gruppe für das Geschäftsjahr 2018 lagen seit Mai 2019 vor. Die Änderungen der CRR...

die hier immer genannt wurde

...zur Einstufung von Unternehmen als Finanzholding-Gruppe sind am 27. Juli 2019 in Kraft getreten.

Auch hier wäre ich Ihnen dankbar, wenn Sie konkrete nächste Schritte skizzieren würden, wie die von Ihnen angezeigten Defizite behoben werden können...

Sie finden das alles auf MAT A BMF 24.40 Blatt 104 f. Das impliziert ganz klar für mich, fast indirekt schon formuliert, dass Frau Wimmer wohl eine andere Meinung vertritt, und jetzt mal Ihre Meinung dazu hören möchte, und wie Sie die sich vorstellen. Also, sind Sie durch Herrn Hufeld über dieses Schreiben informiert worden?

**Zeuge Raimund Röseler:** Ich glaube, dass ich die Schreiben mal gesehen haben, ja.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Und? Hat es zwischen Ihnen und Herrn Hufeld daraufhin einen Austausch bezüglich der kritischen Fragen von Frau Wimmer gegeben?

**Zeuge Raimund Röseler:** Ja, wir haben über das Thema „was hat sich eigentlich rechtlich geändert“ vertieft gesprochen. Man muss ja wissen, die Phase war ja nun echt eine hektische Phase. Wir haben wahrscheinlich über ganz viele Themen, ganz oft gesprochen und hatten auch nicht immer zu allen Themen direkt eine fundierte Meinung. Deswegen hat ja damals auch (*akustisch unverständlich*) mein Referat BA 51 gebeten, nochmal zu prüfen, war die Entscheidung damals richtig.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Ich kann mir vorstellen, warum das jetzt eine hektische Zeit war. Ich sage mal, knapp ein Jahr nach Inkrafttreten des Gesetzes. Sicherlich sind Frau Wimmer und



# Deutscher Bundestag

3. Untersuchungsausschuss  
nach Artikel 44 des Grundgesetzes

## Nur zur dienstlichen Verwendung

im BMF, dann auch - so ähnlich wie auf der Titanic - dann so die Glocken angegangen, und dass man gesagt hat, „vielleicht hätten wir das früher machen sollen und jetzt steht da eine Insolvenz vor der Tür“.

**Zeuge Raimund Röseler:** Es hat sich aber materiell durch die CRR nichts geändert, weil in der CRR sind die gleichen Kriterien, die vorher in der EBA, in der Q&A, drinstanden.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Also, ich entnehme, wenn jemand aus dem BMF, Frau Dr. Wimmer, dort anfragt, und einen Text so schreibt - - Ich bin ja auch so ein bisschen des Behörden- und Konzerndeutschs mächtig, und wenn man so indirekt zeigt, „wir sind da eigentlich anderer Meinung, aber lass mal hören, warum du dieser Meinung bist“ – das ist genau so eine Mail, und dann an Herrn Hufeld.

**Zeuge Raimund Röseler:** Ich würde es als Aufforderung verstehen, zu begründen, warum wir wie agiert haben.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Ja.

**Zeuge Raimund Röseler:** Genau.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Das möchte ich doch nur hören, wenn ich vielleicht dezent schon damit anzeige, es gibt da so diese, so zwischen den Zeilen, es gibt einen Wink mit dem Zaunpfahl. Und das war so eine Mischung, würde ich sagen, aus zwischen den Zeilen und so ein kleiner Wink mit dem Zaunpfahl, dass vielleicht das BMF hier anderer Meinung sei.

**Zeuge Raimund Röseler:** Die Schlussfolgerung würde ich jetzt nicht ziehen.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Okay.

**Zeuge Raimund Röseler:** Und nach wie vor sind wir der Meinung, wir haben in 2017 - -

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Gut, dann würde mich noch weiter interessieren - -Weil das geht ja dann noch weiter und ist ja auch sehr interessant, weil nämlich dann Herr Hufeld dem Finanzausschuss was ganz Interessantes mitteilte. Entschuldigung, jetzt mal bei mir in den Unterlagen, war es 13, nein, 12, richtig. Präsident Hufeld berichtete dann am 1. Juli in besagter Finanzausschusssitzung, dass er am 15. Juni 2020 mit Herrn Eichelmann, immerhin Aufsichtsrats-Chef der Wirecard AG, telefonierte hatte. Hier habe er seine Hypothese, also die von Herrn Hufeld, Ihrem Präsidenten, mitgeteilt, dass er persönlich davon ausgehe, dass die Wirecard AG als, wohl-gemerkt „Finanzholding“ eingestuft sei. Dies alles ist zu lesen auf MAT A BT-Präs-1.01 Blatt 314 f. Ja, was denn nun?

**Zeuge Raimund Röseler:** Wir haben - - Also, ich kann jetzt nichts dazu sagen, weil es Herr Hufeld gesagt hat.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Er ist der Präsident damals gewesen.

**Zeuge Raimund Röseler:** Ja natürlich, trotzdem dürfen wir schon mal unterschiedlicher Meinung sein, ganz ehrlich, sind wir auch schon mal. Wir haben irgendwann, nachdem der KPMG –Report kam, haben wir eine Task-Force gegründet und haben gesagt, wir müssen mit dieser Task-Force auch das Thema Finanzholding neu prüfen, aber nicht mehr. Wir haben nicht gesagt, „das ist eine Finanzholding“, wir haben gesagt, „wir müssen es neu prüfen“, weil sich das Unternehmen nicht geändert hat.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Ich gehe jetzt nicht von der Richtlinien-Kompetenz - - Weil, Herr Hufeld - - Ich habe mir ja Ihr Organigramm angeschaut, und ich weiß, dass es vertikal Probleme



# Deutscher Bundestag

3. Untersuchungsausschuss  
nach Artikel 44 des Grundgesetzes

## Nur zur dienstlichen Verwendung

gibt, innerhalb der – nein, horizontal - innerhalb der BaFin. Das hatte ich ja so schon angedeutet, weil man eben sagt, „jeder Bereich ist für sich verantwortlich“. Ich könnte sagen, ja gut, dann führt jeder Bereich ohne den anderen - vielleicht mal mitzunehmen, das ist ja auch für die Zukunft vielleicht eine Anregung - so eine gewisse Eigendynamik und Eigenleben. Aber über allem, wenn ich mir das Organigramm anschau, thront ja der Präsident der BaFin. Und ich weiß ja nicht, ob da so ein bisschen - zumindest wie im Kanzleramt und in der Regierung - so eine Art Richtlinienkompetenz ist. Und, wie gesagt, der Präsident sagt, er gehe davon aus - nochmals, wohlgemerkt - er gehe davon aus, dass die Wirecard als Finanzholding einzustufen sei. Und nochmals: Das ist bis zu dem Zeitpunkt Ihr Präsident. Also, ich kann mir schon - wäre mal interessant - mir vorstellen, wenn der Entwicklungsminister sagt, „also was die Kanzlerin sagt, interessiert mich eigentlich gar nicht so, das können wir ja mal in einer Arbeitsgruppe erörtern, ob das so richtig ist, aber mir erschließt sich das nicht“.

**Zeuge Raimund Röseler:** Also, wir haben dieses Ressort-Denken - wie Sie das gerade schildern, dass wir nicht miteinander reden und nicht miteinander arbeiten -, das haben wir ganz sicherlich nicht. Wir reden sehr wohl und kooperieren sehr eng miteinander. Deswegen haben wir hier gesagt, wir machen eine Task-Force, die sich um ganz viele Themen kümmern sollte – also, weil bei Wirecard nach dem KPMG-Bericht, da haben wir ja nun ganz viele Themen - auch um das Thema Finanzholding.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Okay, was hat die Task-Force denn jetzt schon so rausgebracht? Ist ja auch schon wieder neun Monate her.

**Zeuge Raimund Röseler:** Nein, die Task-Force ist dann schlicht überholt worden von den Geschehnissen, die dann kamen. Weil wir brauchten nach

Juni nicht mehr das Thema Finanzholding für die Zukunft prüfen, da war nichts mehr.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Das ist nämlich der Punkt. Das heißt ja nicht, dass sich Wirecard, wir sagen ja alle, Wirecard soll sich nicht wiederholen. Und jetzt sagen Sie gerade, „ja, Gott sei Dank, jetzt ist der Laden insolvent, da haben wir die Task-Force mal zugeschoben“.

**Zeuge Raimund Röseler:** Nein, das habe ich nicht gesagt, „Gott sei Dank“.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Doch, haben Sie eben.

**Zeuge Raimund Röseler:** Nein, habe ich nicht gesagt. Ich habe nicht gesagt, „Gott sei Dank, dass der Laden insolvent ist“.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Naja, aber Sie haben gesagt, „wir haben die Task-Force beendet“.

**Zeuge Raimund Röseler:** Ja, weil wir dann diese Aufsicht über die Banken, diese Intensivaufsicht hatten. Wir brauchten uns dann nicht mehr um das Thema „Finanzholding“ zum Beispiel kümmern. Wir haben natürlich ganz viele Geldwäsche-Themen, zu denen Herr Pöttsch und ich reden, und die Kollegen miteinander reden. Aber wir brauchten nicht mehr die Task-Force für diese ganzen Themen, die wir vorher mal aufgeschrieben hatten, weil wir hatten nach dem KPMG-Bericht natürlich einen Haufen Fragezeichen.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Die haben wir heute aber immer noch. Okay, meine Zeit ist da jetzt leider auch um. Dann Matthias Hauer für die CDU/CSU-Fraktion.

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** Herr Vorsitzender, Herr Röseler, ich will da gerne fortsetzen, bei der



# Deutscher Bundestag

3. Untersuchungsausschuss  
nach Artikel 44 des Grundgesetzes

## Nur zur dienstlichen Verwendung

Definition „Finanzholdinggesellschaft“. Da hatten wir ja vorhin schon über das Thema „Kriterium Vermögensgegenstände“ gesprochen. In der Verordnung ist ja die Rede von Eigenkapital, Bilanzsumme, Einkünfte usw. Damit ist das „Eigenkapital“ gemeint, mit dem „Vermögensgegenstand“?

**Zeuge Raimund Röseler:** Nein, Vermögensgegenstände, ist da eins der Kriterien.

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** Ja. Also in der Formulierung heißt es in Artikel 4 Ziffer 20, eine „Finanzholdinggesellschaft“ ist

ein Finanzinstitut, das keine gemischte Finanzholdinggesellschaft ist und dessen Tochterunternehmen ausschließlich oder hauptsächlich Institute oder Finanzinstitute sind; die Tochterunternehmen eines Finanzinstituts sind dann hauptsächlich Institute oder Finanzinstitute, wenn mindestens eines dieser Tochterunternehmen ein Institut ist und wenn über 50% des Eigenkapitals, der konsolidierten Bilanzsumme, der Einkünfte, des Personals des Finanzinstituts oder eines anderen von der zuständigen Behörde als relevant erachteten Indikatoren Tochterunternehmen zuzuordnen sind, bei denen es sich um Institute oder Finanzinstitute handelt.

Das ist die Formulierung.

**Zeuge Raimund Röseler:** Ja, dann hier halt Bilanzsumme, ja, war Aktiva gleich Passiva.

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** So, das heißt, mit „Vermögensgegenstände“ meinen Sie dann die Bilanzsumme?

**Zeuge Raimund Röseler:** Hm.

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** Okay, hm. Und Sie hatten gerade gesagt, dass die EBA Q&A eingeflossen sind, und dass sich materiell nichts geändert hat. Ist das richtig?

**Zeuge Raimund Röseler:** Ja.

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** Also, ich verstehe diese Formulierung, wie sie hier steht so, dass da gewisse Kriterien genannt sind, und wenn da eines davon vorliegt, dann reden wir von einer Finanzholdinggesellschaft. Ist das richtig?

**Zeuge Raimund Röseler:** Nein.

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** Genau, und das können Sie jetzt erklären.

**Zeuge Raimund Röseler:** Ich bin ja kein Jurist, deswegen ist es jetzt für mich vielleicht schwieriger, aber ich erkläre es, wie es mir die Juristen erklärt haben. Weil es eben dieses Kriterium gibt, ein sonstiges „als relevant erachtetes“ Kriterium, das belegt, dass es eben nicht Tickboxing ist, dass man dann Ermessen ausüben muss.

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** Okay, also ich verstehe es so, dass Sie das so auslegen, diese Formulierung, dass sich das „als relevant erachtet“ quasi auf alle Kriterien ausstreckt.

**Zeuge Raimund Röseler:** Dass ich auf jeden Fall Ermessen ausüben muss, weil ich dieses eine habe. Davon abgesehen, ich brauche keine Sprachwissenschaft, ich habe immer gesagt, dass das „or“ in Englisch (*akustisch unverständlich*) kommt ja aus England, nicht so stringent ein „oder“ heißen muss, wie das in Deutschland ist.

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** Naja, also ich verstehe den Text so, dass es bei den Erstgenannten Kriterien zwingend ist, wenn eines davon gegeben ist, weil das „als relevant erachtet“ nur bei dem zusätzlichen Indikator, der am Ende genannt



# Deutscher Bundestag

3. Untersuchungsausschuss  
nach Artikel 44 des Grundgesetzes

## Nur zur dienstlichen Verwendung

ist einen Bezug hat, und nicht zu den Ersten. Ich kann es gern nochmal vorlesen, den letzten Teil, der relevant ist.

Wenn über 50 Prozent des Eigenkapitals der konsolidierten Bilanzsumme der Einkünfte des Personals des Finanzinstituts oder eines anderen, von der zuständigen Behörde als relevant erachteten Indikators, Tochterunternehmen zuzuordnen sind.

... wenn über 50% des Eigenkapitals, der konsolidierten Bilanzsumme, der Einkünfte, des Personals des Finanzinstituts oder eines anderen von der zuständigen Behörde als relevant erachteten Indikators Tochterunternehmen zuzuordnen sind ...

Ich verstehe das so, dass sich der Aspekt „als relevant erachtet“ nur auf ein zusätzliches Kriterium bezieht, aber nicht auf die ausdrücklich Vorgenannten.

**Zeuge Raimund Röseler:** So verstehe weder ich es, noch meine Kollegen. So hat es auch nicht die Bundesbank verstanden.

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** Gut, ich habe verstanden, dass Sie es so verstehen, dass Sie ein Ermessensspielraum da ausüben, und hier der Auffassung sind, dass das Kriterium „Vermögensgegenstände“ bzw. „Bilanzsumme“ - - dass das eben nicht relevant von Ihnen erachtet wurde.

**Zeuge Raimund Röseler:** Als nicht entscheidend, ja.

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** Gut, ich sehe es anders und denke, der Text sieht es auch anders vor. Aber das klären wir dann nochmal an anderer Stelle. Wieviel Prozent lagen denn bei den Vermögensgegenständen bei der Wirecard AG vor, wenn es über 50 waren?

**Zeuge Raimund Röseler:** Auf nicht konsolidierter Basis war man bei irgendwas über 60, 61, 62 Prozent oder sowas, nageln Sie mich nicht auf die genaue Zahl fest, knapp über 60 Prozent, nicht konsolidiert.

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** Und woraus ergibt sich das? Wo ist das festgelegt, diese 61, 62?

**Zeuge Raimund Röseler:** Die ist schlicht errechnet worden.

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** Ja, und wo ist das niedergelegt?

**Zeuge Raimund Röseler:** In dieser - - Von der Bundesbank gibt es eine Analyse dazu, und da stehen die 61, 62 drin. Ich kann es auch nachsehen, weil das habe ich sogar, glaube ich, mit.

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** Ja, dann sehr gerne.

(Der Zeuge blättert in Unterlagen.)

**Zeuge Raimund Röseler:** Da sind es 60,88 Prozent.

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** Ja, und was ich mich frage ist, wieso man dann nicht, bei so einer weitreichenden Entscheidung, dann nicht ein konsolidiertes Ergebnis eingeholt hat.

**Zeuge Raimund Röseler:** Was heißt jetzt konsolidiertes Ergebnis? Ach so, Sie meinen die konsolidierten Zahlen.

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** Genau.

**Zeuge Raimund Röseler:** Weil es war für uns eben kein Grenzfall, weil es war schlicht der falsche Indikator.

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** Also, weil Sie den Indikator für untauglich hielten, sind Sie dem



# Deutscher Bundestag

3. Untersuchungsausschuss  
nach Artikel 44 des Grundgesetzes

## Nur zur dienstlichen Verwendung

nicht weiter nachgegangen, ob das vielleicht dann immer noch über 50 Prozent ist - wenn es konsolidiert ist?

**Zeuge Raimund Röseler:** Ja.

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** Und wenn das jetzt nicht bei 60 gelegen hätte, sondern bei 80, wäre es auch immer noch untauglich gewesen?

**Zeuge Raimund Röseler:** Das ist eine hypothetische Frage, auf die kann ich nicht antworten.

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** Können Sie schon, weil Sie hielten das Kriterium ja insgesamt für untauglich. Dann ist es ja eigentlich egal, was da für eine Zahl steht.

**Zeuge Raimund Röseler:** Ich kann dazu nichts sagen, das ist hypothetisch. Ich weiß nicht, ab wann wir das vielleicht anders gesehen hätten. Wir haben gesagt, das ist der falsche Indikator in einer Gesamtschau. Sie können mich ja fragen, was wäre gewesen, wenn ein anderer Indikator darüber gegangen wäre, über die 50 Prozent.

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** Ja, das ist eine gute Frage.

**Zeuge Raimund Röseler:** Kann ich jetzt auch nicht sagen.

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** Hielten Sie denn noch andere Kriterien für untauglich oder nicht relevant?

**Zeuge Raimund Röseler:** Die Frage hat sich jetzt nicht gestellt, weil die anderen Kriterien sowieso unterhalb der Schwelle waren.

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** Also die anderen waren unter der Schwelle und das Einzige, was über der Schwelle war, das war dann nicht relevant. Okay. Das kann ich zur Kenntnis nehmen.

Wie haben sich denn die Vermögensgegenstände entwickelt im Laufe der Zeit? Zu welchen Zeitpunkten haben Sie da Zahlen vorliegen?

**Zeuge Raimund Röseler:** Ich meine, die Zahlen sind ja in 2016 gekommen, das heißt, die waren per Ende 2015. Noch weiter in die Vergangenheit zurück zu gehen, hätte auf jeden Fall keinen Sinn gemacht. Es gab noch eine Erstanalyse aus 2014, die nun zu einem vergleichbaren Ergebnis kam, da kenne ich die Zahlen aber jetzt nicht mehr auswendig.

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** Wir haben ja eine rasante Entwicklung dieses Unternehmens gehabt. Also es hat sich sehr viel geändert jedes Jahr, weil sich in verschiedenen Gesellschaften sehr viel getan hat. Da gehe ich ja dann davon aus - Sie haben ja gesagt, Sie haben das „ständig auf Wiedervorlage gehabt“, dieses Thema „Prüfung“, „Einstufung“ -, dass man jetzt nicht nur einmal diese Zahlen ermittelt, sondern dann vielleicht fortlaufend. Ist das passiert?

**Zeuge Raimund Röseler:** Moment, „ständig auf Wiedervorlage“ habe ich nicht gesagt. Ich habe gesagt, „wir haben es erneut geprüft“. Sie dürfen nun nicht vergessen, es war ein LSI, was in unseren Augen kein besonders risikobehaftetes LSI war, wo es eine stringente und strikte Arbeitsteilung mit der Bundesbank gibt, und mit den Wirtschaftsprüfern. Und zu allererst ist das Unternehmen und dann der Wirtschaftsprüfer verantwortlich, die Zahlen zu prüfen, dann erst die Finanzaufsicht, indem sie schaut, ist das Unternehmen eigentlich dieser Pflicht nachgekommen. Dieser Pflicht ist ja nicht mal der Wirtschaftsprüfer nachgekommen. Wir hatten es dann vor, in 2020. Es war jetzt aber hier nicht bei uns auf einer permanenten Watchlist. Dafür war das Unternehmen, aus damaliger Perspektive, zu risikoarm und zu klein.



# Deutscher Bundestag

3. Untersuchungsausschuss  
nach Artikel 44 des Grundgesetzes

## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** Bei diesem Kriterium „Vermögensgegenstände“ – das wurde ja - - Da gibt es eine Fundstelle, bei der erklärt ist, dass aufgrund der Bedeutung der Einzelunternehmen für die Gruppe, mit Blick auf das Geschäftsmodell, Angebot von Dienstleistungen, das als sehr eingeschränkt beurteilt wurde. Das ist damit gemeint, was Sie gesagt haben, mit „provisionsgetrieben“?

**Zeuge Raimund Röseler:** Ich habe diese Fundstelle jetzt ehrlich - - Entschuldigung, können Sie die nochmal wiederholen?

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** Ja. Ich überlege, ob wir das vorlegen, oder? Ist vielleicht einfacher. Ich kann es nochmal vorlesen, also das Kriterium, damit ist „Vermögensgegenstände“ gemeint, wurde aufgrund der, und jetzt Zitat

... Bedeutung der Einzelunternehmen für die Gruppe, mit Blick auf das Geschäftsmodell, Angebot von Dienstleistungen, als sehr eingeschränkt beurteilt. (?)

Deshalb wurde das Kriterium Vermögensgegenstände als eingeschränkt beurteilt. Da will ich nur wissen, Sie hatten vorhin gesagt, das ist „provisionsgetrieben“ gewesen.

**Zeuge Raimund Röseler:** Ja, so steht es auch in der Analyse der Bundesbank, die wir genommen haben, drin. Auf das Geschäftsmodell, das transaktionsbasiert ist, ist es nicht geeignet. Ich weiß jetzt nicht wo die Fassung herkommt, aus was Sie da - -

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** Ich kann da jetzt nicht weiter ins Detail gehen, sonst sind wir im eingestuftem Teil, deshalb bin ich da jetzt ein bisschen zurückhaltend und kann jetzt nicht konkretisieren. Okay, aber Sie bleiben dabei, weil es „provisionsgetrieben“ ist.

**Zeuge Raimund Röseler:** Es ist ein provisionsgetriebenes Geschäft, deswegen war es das falsche Kriterium.

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** Können Sie das nochmal erklären, warum das dazu geführt hat, dass das ein schlechtes Kriterium ist?

**Zeuge Raimund Röseler:** Das Geschäftsmodell beruht ja auf der Abwicklung von Zahlungen. Dafür ist es völlig egal, ob die irgendwie eine Immobilie gehabt hätten oder eine Maschine oder sonst was. Das Kriterium wird dazu führen, „Höhe der Vermögensgegenstände“, je teurer deren Immobilien gewesen wären, umso eher wären sie über der Schwelle gewesen. Das hat aber eigentlich dann mit dem Geschäft überhaupt nichts zu tun.

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** Also Zweckmäßigkeitserwägungen habe ich jetzt festgestellt, bei dieser Einstufungsdebatte sind irgendwie nicht so passend, weil ich ja feststelle, dass bei diesem 50 Prozent-Kriterium - das ist jetzt keine Frage, keine Sorge wenn ich jetzt abschweife, Sie müssen nichts dazu sagen. Ich will nur sagen, dass allein durch schiere Größe ich erreichen kann, dass ich unter die 50 Prozentschwelle falle. Und das finde ich - und das ist jetzt eine politische Einordnung - erstmal erstaunlich, dass man allein durch schiere Größe die Einstufung als Finanzholding vermeiden kann.

So, jetzt zu einem anderen Thema, und zwar, da ging es um, wo habe ich es jetzt hier, genau, der Herr Ley, der hat sich im Februar 2016 an den Herrn Damberg gewandt, weil er verärgert war über den Aktienkurs oder die Aktienentwicklung - der Kollege Dr. Bayaz hatte das vorhin Herrn Damberg auch gefragt - und dann hatte der Herr Damberg dieses Problem, dieses Thema der BaFin intern weitergeleitet, auch an die Wertpapieraufsicht. Das war so der eine Aspekt. Und der andere Aspekt war, dass die Wirecard Bank im Aufsichtsgespräch im Februar 2017 ihren Zitat



# Deutscher Bundestag

3. Untersuchungsausschuss  
nach Artikel 44 des Grundgesetzes

## Nur zur dienstlichen Verwendung

„Unmut“ über die Entscheidung geäußert hat, was dann dazu führte, dass eine Konzern-Reorganisation zur Vermeidung der bankaufsichtlichen Konsolidierung durch die Bank AG angedeutet wurde. Das fand ich erstaunlich, diesen beiden Aspekte, weil das so ein sehr kollegiales Miteinander zwischen Aufsicht und Beaufsichtigtem andeutet. Können Sie dazu ein Statement abgeben?

**Zeuge Raimund Röseler:** Ich kann nur sagen, ich habe zu wenig, in der Aufsicht zu gar keinem, ein kollegiales Verhältnis.

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** Ja, das finde ich gut. Aber das erscheint mir halt so kollegial, dieser Umgang. Man beschwert sich da über den Aktienkurs, ist der eine Punkt, und der andere Punkt ist, man diskutiert irgendwelche Umstrukturierungsthemen.

**Zeuge Raimund Röseler:** Ich kann Ihnen mehrere Vorstände nennen, die sich bei mir regelmäßig über den Kurs der Aktie beschwerten, von dem Unternehmen, was sie vertreten. Wenn ich das jemandem berichte, heißt es jetzt nicht, dass ich mit dem irgendwie freundschaftlich verbunden bin.

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** Dass die sich beschwerten, finde ich gar nicht so erstaunlich. Mich erstaunt dann eher, wie damit umgegangen wird, nämlich dass es dann weitergeleitet wird an die Wertpapieraufsicht.

**Zeuge Raimund Röseler:** Ich kann das jetzt nur so - - Also das ist jetzt, da kommen wir in den Bereich der Spekulationen, dass das eben im Zusammenhang mit den Shortseller-Attacken vielleicht gesehen wurde, ich weiß es aber nicht.

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** Ja, Sie haben schon mehr beantwortet, als ich erwartet hatte dazu,

das reicht mir erstmal. Wollen Sie sich noch austauschen?

**Zeuge Raimund Röseler:** Nein, nein, alles gut.

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** Ich möchte auf eine Antwort auf eine Kleine Anfrage des Kollegen De Masi zu sprechen kommen. Der hat von der Bundesregierung dann am 17. August 2020 eine Antwort bekommen, da ging es um die MaRisk. Und zwar war die Frage an die Bundesregierung:

Hat die BaFin nach Kenntnis der Bundesregierung überprüft, ob die in Frage 1 benannten Sachverhalte sowie weitere Vorgänge, die darauf schließen lassen, dass der Konzern die Wirecard Bank AG für seine Zwecke genutzt sowie die Kreditvergabe kontrolliert und gesteuert hat, vereinbar mit den „Mindestanforderungen an das Risikomanagement („MaRisk“) sind?

Darauf hat die Bundesregierung geantwortet:

Die Untersuchungen diesbezüglich sind vor dem Hintergrund neuer Erkenntnisse noch nicht abgeschlossen.

Das hat die Bundesregierung dann im August 2020 mitgeteilt. Da würde mich interessieren, was diese neuen Erkenntnisse sind und was wir da jetzt ergänzend - -

**Zeuge Raimund Röseler:** Also, ganz grundsätzlich, die Einflussnahmen auf Kreditentscheidungen, wie sie da geschildert werden, sind in jedem Fall ein Verstoß gegen die MaRisk. Was „neue Erkenntnisse sind“ – wir wussten damals sicherlich noch nicht das, was wir heute wissen über die Kredite, die die Bank gegeben hat. Das wird damit gemeint sein. Aber dass es ein Verstoß gegen die MaRisk ist, ist zweifelsfrei.



# Deutscher Bundestag

3. Untersuchungsausschuss  
nach Artikel 44 des Grundgesetzes

## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): Das war auch damals schon zweifelsfrei?

**Zeuge Raimund Röseler:** Das war auch damals zweifelsfrei. Deswegen würde ich die Antwort eher so - aber das ist jetzt Interpretation von mir - hätte ich so interpretiert, dass man erstmal warten will, bis wir mehr über die Kreditvergabepraxis der Bank rausgefunden haben.

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): Ja, aber hätte man ja damals schon so schreiben können, dass es auf jeden Fall ein Verstoß wäre. Okay, aber das haben Sie jetzt nicht zu verantworten, was hier die Antwort der Bundesregierung ist. Aber, das ist ja erstmal interessant auch zur Kenntnis zu nehmen. Können Sie ansonsten noch was zu dem strategischen Portfolio der Bank sagen, was uns noch helfen könnte?

**Zeuge Raimund Röseler:** Ja, aber ich glaube das ist dann ein vertraulicher Teil.

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): Vielleicht können Sie ja versuchen, was Sie davon im nicht vertraulichen Teil erzählen können.

**Zeuge Raimund Röseler:** Ja, wir wissen heute, die strategischen Kredite oder ein Teil - es gibt ja auch strategische Kredite, die nicht zu diesem ganzen Komplexbetrug gehörten, sondern aus anderer Sicht strategisch - die strategischen Kredite wurden auch genutzt, um Scheinumsätze bei Tochtergesellschaften zu generieren. Das wissen wir heute.

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): Kann man da eine Größenordnung sagen?

**Zeuge Raimund Röseler:** Kann man bestimmt, ich weiß sie aber nicht auswendig. Aber es gibt ja einen ausführlichen Innenrevisions-Bericht, den Sie unter Garantie auch in den Unterlagen haben, wo ich jetzt reingucken würde, um die Zahl zu

suchen. Aber de facto werden die wahrscheinlich alle dafür genutzt worden sein. In welchem Umfang sie genutzt worden sind, kann ich auswendig nicht sagen.

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): Es wird Sie nicht wundern, dass der genau hier liegt gerade.

**Zeuge Raimund Röseler:** Ja, sehe ich.

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): Ich will mich ja nicht nur auf Unterlagen beziehen, ich will ja auch von Ihnen das eine oder andere hören. Zum Abschluss möchte ich gerne noch wissen, wie Ihr Austausch mit dem BMF zu dem Themenkomplex „Wirecard“ im Untersuchungszeitraum war? Mit wem haben Sie da gesprochen, also seitens, ich sage mal, der Führung - Staatssekretär aufwärts?

**Zeuge Raimund Röseler:** Also, mit Staatssekretären habe ich sicherlich mal gesprochen, aufwärts nicht. Mit der Ebene darunter - zumindest nach der öffentlich werden Schieflage der Wirecard - dadrunter natürlich regelmäßig.

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): Wann haben Sie das erste Mal mit Herrn Kukies darüber gesprochen?

**Zeuge Raimund Röseler:** Weiß ich nicht. Ich würde es noch anders formulieren: Ich kann nicht ausschließen, dass ich mit dem auch über Wirecard mal gesprochen habe. Ich kann mich aber echt jetzt an kein konkretes Gespräch erinnern, wo es Thema war. Ich kann mich an ein Gespräch mit Frau Wimmer erinnern, und der Ebene unterhalb von Frau Wimmer. Ein Gespräch mit Kukies nicht, aber ich würde es nicht ausschließen, dass es so eins gegeben hat, wo das Thema war.

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): Wie oft tauschen Sie sich denn mit dem Herrn Kukies aus?



# Deutscher Bundestag

3. Untersuchungsausschuss  
nach Artikel 44 des Grundgesetzes

## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Zeuge Raimund Röseler:** Nicht regelmäßig, selten.

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** Und dann ist das trotzdem nicht erinnerlich, wenn das so selten ist?

**Zeuge Raimund Röseler:** Nein, nein, in meiner Erinnerung würde ich jetzt eher sagen, es gab kein Gespräch mit Herrn Kukies zu Wirecard. Aber ich würde es wirklich nicht ausschließen, weil ich habe zu Wirecard mit ganz, ganz vielen Leuten gesprochen.

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** Ja, aber Herr Kukies ist ja auch nicht irgendwer, deshalb erinnert man sich ja dann vielleicht dann dran, wenn.

**Zeuge Raimund Röseler:** Aber ich glaube, Herr Kukies hat sicherlich eher mit Herrn Hufeld gesprochen, während ich eher mit Herrn Wolpers oder Frau Wimmer - -

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** Können Sie was zu den Gesprächen, die Sie dann mit Herrn Wolpers geführt haben, sagen?

**Zeuge Raimund Röseler:** Wir haben regelmäßig über die aktuelle Entwicklung gesprochen, auch regelmäßig darüber, „halten wir die Bank noch am Leben oder nicht“. Wir hatten ja zeitweise auch wirklich - - Wir wollten den Schaden ja auch minimieren. Wir wollten verhindern, dass auf einmal Händler kein Geld mehr bekommen von ihren Kunden oder Sie im Internet nicht mal mehr mit Karte zahlen können. Wie schaffen wir es, die Bank am Leben zu erhalten? Wenn, haben wir über die Verkaufsgespräche berichtet, wir haben über unsere Gespräche mit Herrn Jaffé berichtet, bis hin jetzt zu der aktuellen Entwicklung, regelmäßig.

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** Haben Sie uns irgendwas noch nicht erzählt, wo Sie sagen, das könnte noch zur Erhellung hier dienen?

**Zeuge Raimund Röseler:** Das würde ich jetzt nicht ausschließen, die Frage ist auch wieder so gestellt, dass ich - -

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** Sie haben ja nicht nur die Pflicht jetzt hier im Rahmen des Untersuchungsgegenstandes auf meine Fragen zu antworten, sondern Sie wollen ja sicherlich auch zur Aufklärung beitragen. Insofern können Sie uns ja auch die Arbeit erleichtern, indem Sie einfach, wenn Ihnen noch was einfällt, uns das einfach sagen, was noch helfen könnte.

**Zeuge Raimund Röseler:** Mir fällt im Moment ehrlich nichts ein. Aber ich verspreche Ihnen, wenn mir was einfällt, tue ich das.

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** Wunderbar, dann wäre ich auch mit dieser Runde fertig.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Vielen Dank. Ja, zumindest wenn ich das jetzt so sehe, was Sie noch an Fortführung meiner Ausführung zum Kollegen Hauer gesagt haben, dann stelle ich mal fest, dann ist das ja schon eine sehr individuelle - und auch im Handlungsrahmen der BaFin gelegene - Einschätzung. Fast wie so ein Gummi-Paragraph, zu sagen, ob so ein Unternehmen eine Finanzholding ist oder nicht. Und ich denke auch, die entscheidende Feststellung - wenn wir sagen, was könnte erhellend sein -, dass eben nicht die Größe tatsächlich dann entscheidend sein darf, sondern das tatsächliche Tun, und „bewegen wir uns hier im Bereich von vielleicht auch neuen Bankgeschäften“. Vielleicht muss die BaFin da ja auch mal umdenken, dass nicht alles, was vor 100 Jahren - das ist jetzt etwas überspitzt formuliert - noch nicht denkbar war, nicht heute auch Bankgeschäft sein könnte, und damit auch im Bereich „Finanzholding“ relevant sein kann.



# Deutscher Bundestag

3. Untersuchungsausschuss  
nach Artikel 44 des Grundgesetzes

## Nur zur dienstlichen Verwendung

Also, ich denke, da würde ich mich freuen, wenn das mal mitgenommen wird. Aber mich würde jetzt auch mal interessieren – Frau Wimmer hat was geschrieben. Sie haben eben auch beim Kollegen Hauer Kontakt mit Herrn Kukies nicht ausgeschlossen, und man redet da miteinander. Können Sie uns denn darlegen, inwiefern die BaFin gegenüber dem BMF weisungsgebunden ist bzw. ist sie das überhaupt?

**Zeuge Raimund Röseler:** Das BMF kann mal eine Weisung erteilen, hat es aber in meiner Erinnerung nicht gemacht.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Also würden Sie sich schon als weisungsgebunden durch das BMF --

**Zeuge Raimund Röseler:** Ich habe bisher noch keine Weisung vom BMF bekommen, irgendwas zu tun in der Aufsicht.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Nein, das war ja jetzt nicht meine Frage. Meine Frage war ja: Fühlen Sie sich oder nehmen Sie das Verhältnis BaFin, BMF so wahr, wie ich es beschreibe, nämlich als weisungsgebunden? Sind Sie im Untersuchungszeitraum gegenüber dem BMF weisungsgebunden gewesen?

**Zeuge Raimund Röseler:** Nein.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Also, Sie würden nicht das Verhältnis als „weisungsgebunden“ sehen?

**Zeuge Raimund Röseler:** Nein.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Okay.

**Zeuge Raimund Röseler:** Aber es gibt eine Rechts- und Fachaufsicht – das wissen Sie.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Okay. Dann frage ich mich, wenn Sie das so sehen, auch im Untersuchungszeitraum haben Sie am 20. März ein Interview beim Handelsblatt gehabt, bei Ihnen auf der Homepage öffentlich, beim Handelsblatt auch entsprechend veröffentlicht und auch in MAT A BMF-26.23 Blatt 160 ff. zu sehen. Warum sage ich das? Weil dort ist auch zu sehen, dass Herr Oliver Struck, Leiter des-Referats Presse der BaFin, einen Textentwurf Ihres Interviews mit dem Handelsblatt am 26. Februar 2019, nochmals zu sehen auf MAT A BMF-26.23 Blatt 96-102, an das BMF sandte. In diesem Textentwurf finden sich auch zwei Fragen zum Komplex Wirecard. Wohlbemerkt, zu ein Interview, was Sie geben. Sie sagten eben, Sie sind nicht weisungsgebunden. In einer E-Mail schreibt jetzt Herr Struck:

... Ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie mir Ihre Änderungswünsche und Anmerkungen ggf. bis kommenden Freitag, um 16 Uhr übersenden würden.

Auch das ist in der Anlage auf Blatt 96 dann zu sehen. Wussten Sie um die Rückfrage aus Ihrem Hause an das BMF?

**Zeuge Raimund Röseler:** Das ist normales Prozedere, dass wir Interviews an das BMF abschicken, von da aber auch Rückmeldungen bekommen, die nicht in jedem Fall übernommen werden. Es gibt durchaus Fälle, wo wir sie nicht übernehmen, die Änderungswünsche.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Also das müssen Sie mir jetzt trotzdem erklären. Sie sagen einerseits, Sie sind nicht weisungsgebunden durch das Bundesfinanzministerium. Andererseits geben Sie ein Interview an das Handelsblatt, fragen dann und geben auch Zeit bis wann Wünsche kommen, nämlich lustigerweise am darauf folgenden Tag, Freitag, den 1. März 2019, trudelte dann wunschgemäß die Antwort aus dem Bundesfinanzministerium bei Herrn Struck ein, auch



# Deutscher Bundestag

3. Untersuchungsausschuss  
nach Artikel 44 des Grundgesetzes

## Nur zur dienstlichen Verwendung

das ist zu sehen auf MAT A BMF-26.23Blatt 160, gleich fünf Referate. Ich war auch erstaunt als ich das sah: Fünf Referate hatten Änderungswünsche und Anmerkungen zum ersten Textentwurf Ihres Handelsblatt-Interviews angezeigt, unter anderem Ihre Aussage zum Wirecard-Komplex war betroffen. Diese tauchen dann, also diese fünf Änderungswünsche der fünf Referate, dann auch in der veröffentlichten Ausgabe des Interviews nicht mehr auf. Also nochmal: Sie sind also nicht weisungsgebunden durch BMF?

**Zeuge Raimund Röseler:** Nein, man könnte mein Interview mit dem Handelsblatt - - Ich muss diese Änderung nicht vornehmen. Wir haben das Agreement mit dem BMF, dass wir Interviews vorher abstimmen. Aber dass das BMF ungern aus der Zeitung erfährt, was ich denn vielleicht zu aufsichtspolitischen Sachen sage, ist nachvollziehbar.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Das ist nachvollziehbar, ja.

**Zeuge Raimund Röseler:** Das ist auch nachvollziehbar, dass das BMF schon mal Wünsche äußert, dass ich es anders formuliere - -

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Aber nicht wenn Sie unabhängig sind.

**Zeuge Raimund Röseler:** - -, aber ich bin nicht verpflichtet, diese Änderung zu übernehmen.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Ja, sowas habe ich auch schon so ein bisschen gehört. Und ins Benehmen setzen und nicht, und dann gibt es eine Leerverkaufsverordnung, die wird unterschiedlich interpretiert. Nochmals, für mich gibt es da noch was Faktisches. Es könnte fast der Vergleich sein, als Herr Wexler dann zu Herrn Braun ins Büro zitiert wird. Sie können mir jetzt sagen, ja, nein, eigentlich sind wir nicht weisungsgebunden. Und nochmals: Sie schicken ein Interview,

was Sie dem Handelsblatt gegeben haben, dem Bundesfinanzministerium, gleich fünf Referate sagen, „nein, so mal nicht“, und Sie ändern das. Und jetzt erzählen Sie mir nochmal, Sie sind nicht weisungsgebunden. Das glaubt ja kein Mensch.

**Zeuge Raimund Röseler:** Ich muss die Änderung nicht übernehmen.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Sie haben es doch aber getan.

**Zeuge Raimund Röseler:** Ich muss ja auch nicht Streit bei Themen anfangen, die mir gar nicht wichtig sind. Ich weiß gar nicht mehr, was da gestrichen worden ist. Ich bin nun öfters im Handelsblatt.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Habe ich Ihnen ja eben gesagt, alles zu Wirecard.

**Zeuge Raimund Röseler:** Ja.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Ihre gesamten Aussagen zu Wirecard sind vom Finanzministerium, ich sage es mal ganz freundlich, kassiert worden. Und nochmals: Sie bleiben dabei, Sie sind nicht weisungsgebunden. Da kann sich ja jeder, der das hört, sich jetzt sein Teil drauf einbilden. Aber wenn ich unabhängig bin und sage, „ich bin weisungsungebunden“, dann habe ich das Rückgrat und sage, „das interessiert mich da gar nicht, weil ich bin nicht weisungsgebunden“. So, nochmals: Sie schicken ein Interview für das Handelsblatt, fünf Referate melden Änderungen, gerade zu dem Themenkomplex, den wir als Untersuchungsgegenstand haben, und Sie ändern das brav. Lassen es weg, das ist die Konsequenz gewesen, also alle Ausführungen, die Sie vorher zu Wirecard übersandt hatten, haben Sie gestrichen.

**Zeuge Raimund Röseler:** Ich weiß jetzt nicht mehr, was das für ein Interview war. Das kann



# Deutscher Bundestag

3. Untersuchungsausschuss  
nach Artikel 44 des Grundgesetzes

## Nur zur dienstlichen Verwendung

schon sein. Aber wie gesagt, ich bin nicht verpflichtet diese Änderungen zu übernehmen.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Ja, ich könnte jetzt auch - - Nein, das sage ich nicht. Sind solche Rücksprachen, Anweisungen und Direktiven denn gängige Praxis zwischen BaFin und BMF?

**Zeuge Raimund Röseler:** Dass wir Interviews abstimmen oder Redetexte oder Präsentationen für die Öffentlichkeit? Das ist natürlich gängige Praxis, weil da kann ich auch BMF gut verstehen, dass die nicht aus der Zeitung lesen wollen, was ich gerade öffentlich sage, sondern dass sie gerne vorher - -

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Aber Herr Röseler, das ist doch was anderes, wenn Sie sagen, „die möchten das nicht aus der Zeitung erfahren“. Also, ich möchte als Arbeitnehmer - um Frau Kiziltepe mal zu bemühen - nicht erfahren, dass ich gekündigt werde, sondern da hätte ich gerne einen Betriebsrat und das würde ich gerne vorher von meinem Arbeitgeber wissen, kann ich verstehen. Haben Sie getan. Sie haben Ihr Interview angezeigt, damit wusste das BMF, „jawohl, Herr Röseler wird dazu was im Handelsblatt eröffnen“. Das ist das, was Sie beschrieben haben, die wollen das nicht aus der Zeitung erfahren. Was hier ist, das könnte man woanders auch als Maulkorb bezeichnen. Oder ganz klar, Sie fühlen sich eigentlich, obwohl es nicht auf dem Papier so steht, als nicht unabhängig, oder andersherum ausgedrückt, Sie sind gar nicht unabhängig, obwohl Sie das hier so sagen, weil sonst erklärt sich so ein Verhalten nicht.

**Zeuge Raimund Röseler:** Ich glaube, ich habe zu dem Punkt jetzt alles gesagt, was zu sagen ist. Ich muss diese Änderung nicht übernehmen, die kommen. Ich finde es auch normal, dass ich Texte abstimme, dass ich - -

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Ich muss auch keine Steuern bezahlen, aber die Konsequenzen sind dann - - Das ist was anderes, da bin ich ja Mitglied des Finanzausschusses, da erwischen Sie mich natürlich auf einem ganz loyalen Punkt, aber gut, steht für sich. Meine Zeit ist an dieser Stelle leider rum. Dann ist jetzt dran die Kollegin Frau Kiziltepe für die SPD-Fraktion.

**Cansel Kiziltepe (SPD):** Herr Röseler, vielen Dank. Ich habe noch ein paar Einzelfragen: Wir haben ja gestern und heute schon hoch und runter diese ganzen Themen auch durchgekaut. Sie wirken auch etwas enttäuscht, was verständlich ist, natürlich, aber auch ein bisschen trotzig. Aber können Sie denn nachvollziehen, dass der Druck auf die Behörden, nach diesem Riesenskandal „Bilanzbetrug“, auch in der Öffentlichkeit, aber auch von den Kleinanlegerinnen und Kleinanlegern, aber auch von uns da ist? Und wir wollen hier verstehen, was hier passiert ist, ob es Behördenversagen gab. Jetzt habe ich Sie so verstanden, dass Sie gesagt haben, „wir hätten das alles gar nicht erkennen können“. Sie haben gesagt, „wir sind getäuscht worden“ und „wir haben uns verlassen auf die Testate von den Wirtschaftsprüfern“. Jetzt frage ich mich, wie ist das denn in der Bankenaufsicht? Sie hatten die Wirecard Bank unter Ihrer Aufsicht – und es hat sich ja herausgestellt, dass die Bank eben auch eine Vehikel war, um bestimmte Geschäfte, oder hauptsächlich, um das Ziel dieses Unternehmens, dieses Lügengebilde auch zu stützen und zu decken. Was macht man denn bei dieser Aufsicht? Also man guckt sich die Kreditvergabe an. Können Sie das nochmal erläutern?

**Zeuge Raimund Röseler:** Also vorab: Ich habe gutes und viel Verständnis dafür, dass Druck auf uns ausgeübt wird. Wir sehen ja auch den Aufsichtsansatz, wie er in der Vergangenheit gelebt wurde. Wir haben da Risiken klassifiziert nach Eigenkapital und nach Liquiditätskennziffer – das hilft bei so einem Fall wie Wirecard - und



# Deutscher Bundestag

3. Untersuchungsausschuss  
nach Artikel 44 des Grundgesetzes

## Nur zur dienstlichen Verwendung

mir fallen da paar andere Banken ein da hilft das auch nicht - schlicht falscher Maßstab. Wir müssen einen anderen Aufsichtsansatz machen. Wir müssen auch eine andere Aufgabenteilung, sowohl mit Bundesbanken als auch erst recht mit den Wirtschaftsprüfern realisieren. Bei so einem Unternehmen wie Wirecard hilft es überhaupt nicht. Was mich aber schon ärgert ist, wir werden ja manchmal als die Schuldigen dargestellt, aber wir waren nicht die Verbrecher, die sitzen woanders. Was wir in der Aufsicht machen, klar bei einer klassischen Bank gucken wir uns die Kreditportfolios an, gucken die Werthaltigkeit an, gucken den Prozess an, wie Kredite vergeben werden. Das hilft bei so einem Fall wie Wirecard überhaupt nicht. Kreditgeschäft, da gibt es die strategischen Kredite, aber das eigentlich Problematische war ja außerhalb des Kreditgeschäfts. Wir müssten viel stärker in Technik reingucken, viel stärker uns die Geschäftsmodelle anschauen. Das haben wir auch angefangen, so eine Einheit. Ich begrüße auch das, was die Bundesregierung jetzt vorhat, die uns ja mit dem Thema „Fokus Aufsicht“ da noch stärker hintreiben will. Weil wir brauchen für diese neuen Geschäftsmodelle einen ganz anderen Aufsichtsansatz, auch eine ganz andere Aufgabenteilung.

**Cansel Kiziltepe (SPD):** Vielen Dank. Dann kam auch hier häufig zur Sprache, dass es bestimmte Konstrukte gab, wo man nicht erkennen konnte, wer der wirtschaftlich Berechtigte war. Und das ist ein Problem, was uns seit längerem begleitet. Also, wenn selbst eine Aufsichtsbehörde nicht dahinter kommt, wer der wirtschaftlich Berechtigte hinter einem Konstrukt ist, dann ist das doch ein Problem?

**Zeuge Raimund Röseler:** Ja, ja. Wir müssen aber auf das Problem erst mal aufmerksam gemacht werden. Und wenn wir ein Institut haben - und ich habe die Risikoprofile ja da: da gibt es so eine Stufe von eins bis vier für die Qualität des Instituts von eins bis vier für die Auswirkungen auf

Finanzstabilität; die Wirecard Bank war in den meisten Jahren auf beiden Dimensionen auf Stufe zwei, also wirklich unproblematisch -, dann sind wir darauf angewiesen, dass wir diese Information, dass irgendwo ein Problem sein könnte, entweder von der Bundesbank bekommen oder - und die Bundesbank ist da ja auch ganz stark darauf angewiesen - vom Wirtschaftsprüfer, der sich das Unternehmen genau anschaut. Ich kann auch nicht jeder Sparkasse in Deutschland in Manndeckung nehmen. Wir haben in Deutschland 1 500 Institute; wir sind auf die Wirtschaftsprüfer angewiesen. Und wenn von Wirtschaftsprüfern nichts kommt - - Oder Whistleblower, wir haben ja auch Fälle, wo wir Whistleblower haben, wo wir auch wirklich aktiv geworden sind, auch in jüngster Vergangenheit - aber wenn solche Informationsquellen nicht da sind, die ganz konkret mal auf Schwachstellen hinzeigen, dann haben wir keine Chance.

**Cansel Kiziltepe (SPD):** Aber das ja auch ein Problem - Sie hatten ja gesagt, die Bankenaufsicht ist auch international aufgestellt -, dass man aber gar nicht an die wirtschaftlich Berechtigten heran kommt, weil es ja diese Transparenz international gar nicht gibt. Also würden Sie als Aufsichtsbehörde auch sagen - - Weil Sie sind ja jetzt aufmerksam geworden seit einem Jahr etwa darauf, was da schief läuft. Aber wir wissen bis heute nicht, wer der wirtschaftlich Berechtigte hinter dem EMIF-Fonds ist, bis heute nicht.

**Zeuge Raimund Röseler:** Ich weiß jetzt nicht, weil ich kenne diesen Fonds nicht. Ich weiß, dass es den gibt, vorher habe ich von diesem Fonds nicht viel gehört, kann ich nicht viel zu sagen. Ich weiß nur, wie wir in solchen Fällen vorgehen: Ich rufe halt dann meine Kollegen - durch den Baseler Ausschuss und so kenne ich auch viele Kollegen - ich rufe die an und frage die, „Habt ihr Informationen, die ihr mir weitergeben könnt und dürft?“. Aber wenn da was auf Mauritius ist, komme ich auch nicht weiter.



# Deutscher Bundestag

3. Untersuchungsausschuss  
nach Artikel 44 des Grundgesetzes

## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Cansel Kiziltepe (SPD):** Ja wahrscheinlich schon, weil die gesetzliche Regelung das auch nicht hergibt - international. Wir haben ein Transparenzregister für Deutschland aber nicht für den internationalen Bereich. Da müsste auch die EU noch mehr machen, um das zu regeln.

**Zeuge Raimund Röseler:** Und wir haben MoUs mit anderen Aufsichtsbehörden. Das kann vielleicht auch helfen, aber ob im Fall Mauritius, weiß ich jetzt auch nicht.

**Cansel Kiziltepe (SPD):** Gut, dann wollte ich nochmal auf die Wirtschaftsprüfer zurückkommen. Sie haben ja gesagt, Sie müssten sich darauf verlassen können. Ich sehe das auch so. Ich meine, Wirtschaftsprüfung ist auch ein öffentlicher Auftrag, der historisch gewachsen ist. Und Herr Pötzsch hat uns eine Übersicht gezeigt, nach dem Wechsel von EY zu PwC, da ringten die Alarmglocken, die Alarmlichter. Und zwar war die Entwicklung innerhalb - - Also allein durch diese Änderung der Prüfungsgesellschaft von grün auf bunt. Und wir wissen, dass EY parallel die Bank, aber auch die AG geprüft hat, mit demselben verantwortlichen Prüfer. Hatten Sie schon mal mit Herrn - -? Wissen Sie, wer der verantwortliche Prüfer ist?

**Zeuge Raimund Röseler:** Auswendig jetzt nicht, nein.

**Cansel Kiziltepe (SPD):** Das ist Herr Lötscher, der zur Deutschen Bank gewechselt und auch beurlaubt ist.

**Zeuge Raimund Röseler:** Stimmt. Stimmt, ja. Der war es. Aber ich weiß nicht, ob er es noch im letzten Jahr war.

**Cansel Kiziltepe (SPD):** Also, der hat wohl unterschrieben. Ob er dann konkret vor Ort war?

**Zeuge Raimund Röseler:** Ja, aber ich glaube für 2019, bin ich jetzt nicht mehr sicher.

**Cansel Kiziltepe (SPD):** Okay. Haben Sie denn mit EY gesprochen gehabt?

**Zeuge Raimund Röseler:** Wir haben mit EY gesprochen. Wir haben mit der APAS gesprochen. Wir überlegen natürlich schon, welche Schlussfolgerung wir daraus ziehen. Da ist aber jetzt erstmal die APAS - - Ja gut, aber ist ja nicht nur EY, wenn wir ehrlich sind.

**Cansel Kiziltepe (SPD):** Wie nochmal?

**Zeuge Raimund Röseler:** Ist nicht nur EY. Wir haben ja mehrere Wirtschaftsprüfer in dem ganzen Konstrukt gehabt. Da gab es einen Wirtschaftsprüfer, einen anderen, der zuletzt die Bank geprüft hat. Da sehen die strategischen Kredite auf einmal gut aus, nicht? Dann hatten wir einen, der hat zwischendurch mal ein Gutachten gemacht, zur Abarbeitung der Findings aus der MaRisk-Prüfung. Danach war alles abgearbeitet. Also, das sind ja mindestens drei Firmen, die irgendwie an wichtigen Stellen versagt haben.

**Cansel Kiziltepe (SPD):** Ja, aber PwC, die zuletzt geprüft haben, haben ja gesagt, „da stimmt irgendwas nicht“.

**Zeuge Raimund Röseler:** Ja, dafür sehen die strategischen Kredite auf einmal bei denen wieder gut aus. Die sind alle hochgestuft worden, also nicht alle, aber zum Teil.

**Cansel Kiziltepe (SPD):** Was heißt das jetzt alles?

**Zeuge Raimund Röseler:** Wir konnten uns da auf keinen der drei verlassen.

**Cansel Kiziltepe (SPD):** Wir brauchen keine Wirtschaftsprüfer, oder?



# Deutscher Bundestag

3. Untersuchungsausschuss  
nach Artikel 44 des Grundgesetzes

## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Zeuge Raimund Röseler:** Doch, wir brauchen die schon. Aber wir brauchen strengere Prüfungsvorgaben und möglicherweise andere ethische Regelungen. Ich habe jetzt auch nicht die Idee. Wir brauchen die ja - wir können ja nicht eine staatliche Wirtschaftsprüfung organisieren, will auch keiner.

**Cansel Kiziltepe (SPD):** Ja. Vielleicht wäre es besser.

**Zeuge Raimund Röseler:** Den Vorschlag hat zumindest noch keiner ernsthaft gemacht, dass wir die alle abschaffen.

**Cansel Kiziltepe (SPD):** Die Bilanzpolizei hat nicht funktioniert, die APAS hat nicht funktioniert, die Wirtschaftsprüfung funktioniert nicht. Und jetzt?

**Zeuge Raimund Röseler:** Also, ich meine es gibt ja Vorschläge, auch von der Bundesregierung zur Änderung für zwei Haftungsregeln für Wirtschaftsprüfer. Es geht ja alles in die richtige Richtung.

**Cansel Kiziltepe (SPD):** Ja, aber wir brauchen auch bei der APAS - - Da ist noch ein bisschen was zu tun, auf jeden Fall im parlamentarischen Beratungsverfahren.

Ich möchte nochmal zum Leerverkaufsverbot kommen. Sie sind einer der Exekutivdirektoren - es gibt sechs im Direktorium - und Sie sind, laut Ihrem Lebenslauf, auch Wertpapierspezialist.

**Zeuge Raimund Röseler:** Ja, das ist aber ganz lange her, ja.

**Cansel Kiziltepe (SPD):** Habe ich hier zu stehen.

**Zeuge Raimund Röseler:** Ja, da war ich bei der Bayerischen Vereinsbank, damals noch Bayerische Vereinsbank, Triple-A geratet, ja.

**Cansel Kiziltepe (SPD):** Wir werden auch Frau Roegele hier irgendwann haben, aber ich möchte nicht - - Ich weiß, dass sie zuständig ist für diesen Bereich. Aber wir hatten ja die Staatsanwaltschaft hier, und es wurde eben deutlich, dass hier Wicard die ganze Sache so gestrickt hatte, dass sie erpresst würden, und deshalb hier ein Leerverkaufsverbot unbedingt notwendig sei. Und die BaFin habe überlegt zwischen einer Handelsaussetzung und einem Leerverkaufsverbot, und dann fiel die Entscheidung doch für das Leerverkaufsverbot. Haben Sie im Direktorium darüber gesprochen und gab es da eine Abstimmung dazu?

**Zeuge Raimund Röseler:** Nein, es gab keine Abstimmung dazu. Also Frau Roegele hat uns darüber informiert, und dann war es die Entscheidung von Frau Roegele. Da haben wir nicht drüber abgestimmt.

**Cansel Kiziltepe (SPD):** Da haben Sie überhaupt Ihre Einschätzung, Ihre Erfahrung nicht eingebracht?

**Zeuge Raimund Röseler:** Also, ich fand damals - ich meine, das ist ja jetzt schon ein bisschen her - aber ich fand das damals alles plausibel, was Frau Roegele sagte. Deswegen gab es da für mich auch kein Diskussionsbedarf, und - meiner Erinnerung nach - auch nicht für die Kollegen.

**Cansel Kiziltepe (SPD):** Und die Berichterstattung der Financial Times? Ich weiß, Sie haben es dann auch gesagt, auf der einen Seite die Berichterstattung auf der anderen Seite die Testate - was macht man jetzt?

**Zeuge Raimund Röseler:** Na, und hier fand ich es plausibel, weil Frau Roegele berichtete davon, dass die Staatsanwaltschaft da war und kundgetan hat, da gibt es einen Erpresser und es gab noch hohe Leerverkaufszahlen. Das klang für



# Deutscher Bundestag

3. Untersuchungsausschuss  
nach Artikel 44 des Grundgesetzes

## Nur zur dienstlichen Verwendung

mich alles plausibel. Das habe ich dann nicht hinterfragt.

**Cansel Kiziltepe (SPD):** Ja, aber es hieß so - - Also für uns ist das Bild so, für mich persönlich: Da ist eine renommierte Anwaltskanzlei mit einem vertrauenswürdigen Rechtsanwalt, wie mir gesagt wurde. Der taucht dann bei der Staatsanwaltschaft auf, erzählt die Geschichte von Wirecard mit dieser Erpressung. Dann geht die Staatsanwaltschaft zur BaFin, leitet das weiter oder gibt das ab, und für die Staatsanwaltschaft ist es erledigt. Und Sie sind dann, also die BaFin ist dann praktisch der, der diese Entscheidung trifft für das Leerverkaufsverbot. Dann ist noch ein Lobbyist unterwegs, schreibt noch einen Artikel gegen Leerverkäufe. Also diese Geschichte, diese Lügen haben ja irgendwie alle geglaubt – und Sie stehen jetzt ziemlich schlecht da, würde ich mal sagen.

**Zeuge Raimund Röseler:** Ja, ja.

**Cansel Kiziltepe (SPD):** Sie sind am Ende der Nahrungskette, am Ende dieser Lügengeschichte.

**Zeuge Raimund Röseler:** Das ist leider so. Aber wir sind immerhin - meine Wahrnehmung - die einzigen, die von vorneherein gesagt haben, wir müssen uns selber kritisch hinterfragen und schauen, was können wir künftig anders machen. Aber beim Thema „Leerverkaufsverbot“, ganz ehrlich: Ich fand das damals plausibel, habe das aber auch nicht diskutiert. Ich kannte und wusste auch nichts von dem Rechtsanwalt, der bei der Staatsanwaltschaft aufgeschlagen ist. Ich weiß nur, die Staatsanwaltschaft ist bei Frau Roegele aufgeschlagen.

**Cansel Kiziltepe (SPD):** Das war der Rechtsanwalt aus der Kanzlei Bub Gauweiler, die auch bei Cum-Ex involviert sind, und ich verstehe auch gar nicht - -Ja, egal. Gut, vielen Dank.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Danke, Frau Kiziltepe. Ja, dann geht es weiter mit dem Kollegen Schäffler von der FDP-Fraktion.

**Frank Schäffler (FDP):** Ja, Frau Kiziltepe, Sie haben ja gerade hier EMIF 1a angesprochen. Also, ich habe ja vorhin Herrn Pötzsch und Herrn Röseler einen Vorbehalt gemacht. Wenn jetzt das Finanzministerium ein bisschen Druck macht, ja, dann kommen wir da in dieser Frage ja vielleicht ein bisschen weiter, das wäre ja ganz gut.

Herr Röseler, Sie haben vorhin von Tätern und Opfern gesprochen. Ich glaube, es ist klar, dass die BaFin jetzt nicht der Täter war – aber die BaFin war ein dankbares Opfer. Ich glaube, das gehört zur Wahrheit eben auch dazu. Und so wie Sie das gerade auch beschrieben haben, dass die Kreditvergabe nicht das Problem war, da finde ich, liegen Sie - aus meiner Sicht - völlig falsch. Das Round-Tripping ist mit Hilfe dieser strategischen Kredite letztendlich produziert worden. Und Herr Marsalek hat ja - das zeigen die Unterlagen auch - ganz massiv auf die Kreditvergabe Einfluss genommen. Und deshalb ist das eben schon relevant. Weil das so heikel ist, diese Kreditvergabe, stellt sich natürlich auch die Frage, ob diese Testate, die PwC auf Bankseite vollzogen hat, ob die eigentlich aus Sicht der BaFin Gültigkeit haben?

**Zeuge Raimund Röseler:** Erstmal ist das eine handelsrechtliche Entscheidung.

**Frank Schäffler (FDP):** Ja, erstmal schon. Aber sie liegt ja auch im meinem Rahmen als Aufsicht.

**Zeuge Raimund Röseler:** Ich weiß nur, dass PwC überlegt hatte, das Testat - - oder Zweifel hatte, ob das Testat nicht zurückgerufen werden müsste. Haben die bisher nicht gemacht.

**Frank Schäffler (FDP):** Sie haben auch keinen Zweifel daran, an diesen Testaten, als BaFin?



# Deutscher Bundestag

3. Untersuchungsausschuss  
nach Artikel 44 des Grundgesetzes

## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Zeuge Raimund Röseler:** Mir ist das jetzt in der Situation von der Bank - - Da geht es mir doch gar nicht um das Testat, da geht es mir um die wirtschaftliche Situation. Ich glaube, wir haben einen sehr, sehr guten Einblick.

**Frank Schäffler (FDP):** Ja, das ist schon klar. Nur die Frage ist ja, ob es jetzt im Zuge dieser Ermittlungen klar wird, dass diese Kreditvergabe nicht - vielleicht nicht ausreichend - geprüft wurde? Und sind Sie da mit der APAS in Kontakt, was dieses Thema betrifft?

**Zeuge Raimund Röseler:** Wir sind mit der APAS in Kontakt, ja.

**Frank Schäffler (FDP):** Und mit welchem Ergebnis?

**Zeuge Raimund Röseler:** Wir selber haben eine Analyse gemacht, in wie weit können wir eigentlich den Testaten vom Wirtschaftsprüfer - - Oder nein, andersrum: Wir haben versucht, rauszufinden, wo sind die Auffälligkeiten - wir haben ja einen APAS-Bericht bekommen - die Auffälligkeiten in der Prüfung hier gewesen, und haben wir vergleichbare Auffälligkeiten in anderen Prüfungen?

**Frank Schäffler (FDP):** Konkret jetzt bei dieser Prüfung?

**Zeuge Raimund Röseler:** Bei dem gleichen Prüfer auch, und haben dann eine Analyse gemacht, wo könnten vergleichbare Sachverhalte sein? Wir haben da auch die Bundesbank beauftragt, die Prüfungsberichte von diesen in Frage kommenden Prüfern anzuschauen, haben da bisher keine vergleichbaren Sachverhalte gefunden.

**Frank Schäffler (FDP):** Aber hat man den Sachverhalt bei dem Prüfbericht von PwC für die Wirecard Bank gefunden?

**Zeuge Raimund Röseler:** Wir haben da an ganz vielen Stellen Zweifel. Die sind für uns jetzt aber nicht relevant. Und zu dem Bericht, Entschuldigung, zu dem Bericht habe ich keinen Kontakt - ich war ja auf dem anderen Prüfer gedanklich - zu dem Bericht habe ich keinen Kontakt zur APAS. Das muss ich revidieren.

**Frank Schäffler (FDP):** Dagegen, gegen diesen Prüfbericht, ist auch nicht vorgegangen worden, von Seiten der BaFin?

**Zeuge Raimund Röseler:** Nein.

**Frank Schäffler (FDP):** Bisher nicht. Eins der großen Themen und einer der großen Reputationschäden der BaFin sind ja auch die privaten Finanzgeschäfte innerhalb der BaFin mit Wirecard. Jetzt sind Sie ja seit 2011 - und davor ja auch schon - in der BaFin. Was haben Sie eigentlich gemacht, um das zu verhindern?

**Zeuge Raimund Röseler:** Ich habe keine Aktien, habe auch keine Aktien gekauft, das zu allererst -

**Frank Schäffler (FDP):** Das wäre vielleicht auch noch eine schlaue Frage gewesen, aber meine Frage ist - -

**Zeuge Raimund Röseler:** - - habe ich nicht, durfte ich auch nicht. Wir haben ja schon Governance des Direktoriums, ich durfte nicht.

**Frank Schäffler (FDP):** Das ist aber gar nicht mein Punkt, sondern mein Punkt ist: Sie sind Vorgesetzter, und in einer Behörde werden ja Dinge gelebt. Und meine Frage ist an Sie: Was haben Sie dafür getan, dass das gelebt wird und nicht so passiert wie es passiert ist?

**Zeuge Raimund Röseler:** Ich habe da eine ganz klare Meinung zu. Ganz klar. Ich bin der Meinung, wer in der Finanzaufsicht arbeitet, dürfte



# Deutscher Bundestag

3. Untersuchungsausschuss  
nach Artikel 44 des Grundgesetzes

## Nur zur dienstlichen Verwendung

eigentlich keine Aktien haben, weil Sie sind ganz schnell Insider. Ich brauche nur mit dem Vorstand von einer Bank über sein Kreditportfolio reden und habe Insiderwissen zu allen möglichen gelisteten Unternehmen. Habe ich, Entschuldigung.

**Frank Schäffler (FDP):** Ja, aber mir haben Mitarbeiter der BaFin erzählt, dass Anfang des Jahres, so quasi als Routineveranstaltung, an alle Mitarbeiter eine Mail verschickt wurde, man möge doch bitte die Wertpapiergeschäfte des alten Jahres noch nachmelden. Wer das noch nicht gemacht habe, der möge das doch bitte gefälligst tun. Ist das ein richtiger Umgang mit diesem sensiblen Thema, dass man, sage ich mal, einmal im Jahr daran erinnert, dass das ein relevantes Thema ist?

**Zeuge Raimund Röseler:** Nein, ganz sicher nicht. Aber Sie wissen genauso wie ich, dass ich nicht primär für das Thema zuständig bin, als Mitglied des Direktoriums, ja. Bei meinen eigenen Mitarbeitern habe ich selber auch die klare Botschaft gemacht „ich will nicht“, also bei den Mitarbeitern, die direkt an mich berichten, wo ich die Geschäft auch genehmigen müsste.

**Frank Schäffler (FDP):** Aber in Ihrem Bereich sind doch ein Großteil - -

**Zeuge Raimund Röseler:** Entschuldigung, darf ich jetzt?

**Frank Schäffler (FDP):** Ja.

**Zeuge Raimund Röseler:** Die Mitarbeiter, die direkt an mich berichten, von denen hat keiner Aktien gekauft. Es gibt Mitarbeiter aus dem Bankbereich, die Aktien gekauft haben, das stimmt, auch Wirecard-Aktien. Ich weiß bis heute aber nicht, wer. Ich bekomme die Informationen nicht; ich würde sie gerne wissen. Ich kann Ihnen aber sagen, weil ich genau die Botschaft

schon öfters gemacht habe, dass ich nicht will, dass Mitarbeiter bei uns Aktien kaufen. Ich hatte auch schon den Personalrat bei mir im Büro sitzen, völlig erbost, was mir da einfallen würde.

**Frank Schäffler (FDP):** Gut.

**Zeuge Raimund Röseler:** Und Sie kennen die Diskussion - Sie sind ja bei uns im Verwaltungsrat - Sie kennen die Diskussion aus unserem Verwaltungsrat. Und Sie wissen auch deshalb genau, wie weit meine Zuständigkeit da geht.

**Frank Schäffler (FDP):** Das darf man jetzt hier ja nicht sagen, aber das hatte schon eine gewisse Ironie.

**Zeuge Raimund Röseler:** Da sind wir ja dicht bei einander.

**Frank Schäffler (FDP):** Also, nicht Ihre Aussage, sondern das, was im Verwaltungsrat stattfand. Am 23. Juni haben Sie sich mit Herrn Chromik von der Commerzbank getroffen.

**Zeuge Raimund Röseler:** Nein, telefoniert.

**Frank Schäffler (FDP):** Oder telefoniert. Was war da das Thema, war das Wirecard?

**Zeuge Raimund Röseler:** Ja, Wirecard war ein Thema, schlicht weil ich von ihm wissen wollte - war ja einer der Konsortialbanken -, wie er denn diese - es war kurz nach dem Gespräch, was wir vorher mit Wirecard hatten - wie er denn die Restrukturierungsverhandlungen überhaupt einschätzt, ob er überhaupt eine Chance sieht, dass die Wirecard AG sich mit den kreditgebenden Banken irgendwie einig werden.

**Frank Schäffler (FDP):** Haben Sie danach mit Herrn Kukies gesprochen?



# Deutscher Bundestag

3. Untersuchungsausschuss  
nach Artikel 44 des Grundgesetzes

## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Zeuge Raimund Röseler:** Nein, nicht bewusst, nein.

**Frank Schäffler (FDP):** Wie - nicht bewusst?

**Zeuge Raimund Röseler:** Ja, ich habe es nicht in Erinnerung. Möglicherweise habe ich danach mit Herrn Kukies gesprochen, aber nicht über das Gespräch mit Chromik.

**Frank Schäffler (FDP):** Aber Sie haben ihm dann eine Einschätzung gegeben, ob - -

**Zeuge Raimund Röseler:** Ich habe bestimmt dem BMF eine Einschätzung gegeben. Das halte ich für möglich, dass die dann auch bei Herrn Kukies gelandet ist.

**Frank Schäffler (FDP):** Aber nicht direkt Herrn Kukies?

**Zeuge Raimund Röseler:** Kann ich mich auf jeden Fall nicht dran erinnern.

**Frank Schäffler (FDP):** Und die Einschätzung war wie?

**Zeuge Raimund Röseler:** Da gab es ganz große Skepsis.

**Frank Schäffler (FDP):** Von Ihnen oder von wem? Vom BMF?

**Zeuge Raimund Röseler:** Nein, von Herrn Chromik, dass die Verhandlungen zu was führen könnten. Also, danach waren wir auch skeptisch, dass da was ist. Und er sagte mir auch klar, so was wie ein Dept-Equity-Swap – so etwas war wohl auch irgendwie gerüchteweise im Gespräch - käme nicht in Frage.

**Frank Schäffler (FDP):** Okay, danke.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Vielen Dank, dann Fabio De Masi für die Fraktion Die Linke.

**Fabio De Masi (DIE LINKE.):** Vielen Dank. Herr Röseler, erstmal finde ich es sehr positiv, dass überhaupt jetzt ein paar Fehler auch eingeräumt werden. Also ich erinnere mich noch an eine Diskussionsveranstaltung mit Herrn Hufeld beim SZ-Wirtschaftsgipfel, da wurde ein solches Ansinnen von mir als obszön bezeichnet, also dass die BaFin da Selbstkritik üben müsse. Insofern, ich will das als Fortschritt anerkennen. Nochmal zu Ihrer Rolle, und zwar in Ihrer Eigenschaft als Mitglied des Direktoriums zu dem Leerverkaufsverbot: Ist Ihnen denn bekannt, dass in Artikel 24 der Verordnung zu Leerverkaufsverboten geregelt ist, dass sich Leerverkaufsverbote nur auf Finanzinstrumente beziehen dürfen, die in Verbindung mit Banken oder Finanzinstituten stehen, die wichtig für das globale Finanzsystem sind? Und würden Sie bei der Wirecard, sozusagen Wirecard Bank, mit einer Bilanzsumme von einer mittelgroßen Sparkasse denn eine solche Eigenschaft bejahen?

**Zeuge Raimund Röseler:** Also zur ersten Frage: die Regel kenne ich so nicht. Aber zur zweiten Frage: Wirecard war nicht wichtig für das Finanzsystem. Wir haben ja bei der Wirecard Bank auch mal eine Analyse gemacht, wie weit sind die relevant für Finanzstabilität.

**Fabio De Masi (DIE LINKE.):** Okay, dann würde ich gerne nochmal mit auf den Weg geben, dass sich die BaFin vielleicht nochmal damit beschäftigt. Es gab immer die Debatte, „Finanzstabilität“ sei nicht ausschlaggebend, aber „Marktvertrauen“. Und in unserer Lektüre dieses Artikels gehen wir davon aus, dass eben auch bei einer Störung des Marktvertrauens diese Wichtigkeit für das globale Finanzsystem gegeben sein müsste. Und insofern würde ich nochmal anre-



# Deutscher Bundestag

3. Untersuchungsausschuss  
nach Artikel 44 des Grundgesetzes

## Nur zur dienstlichen Verwendung

gen, zu prüfen ob überhaupt die rechtlichen Voraussetzungen für ein solches Leerverkaufsverbot vorlagen. Das ist meine erste Bemerkung.

Meine zweite ist: Haben Sie Kenntnis davon erlangt, dass die BaFin jemals nach diesem Leerverkaufsverbot, das ja, glaube ich, ungefähr zwei Monate in Kraft war, noch einmal, ich sage mal im weitesten Sinne lobbyiert wurde, bezüglich eines erneuten Leerverkaufsverbots? Zum Beispiel von Herrn Diekmann oder ähnlichen Personen?

**Zeuge Raimund Röseler:** Nein, ehrlich nicht.

**Fabio De Masi (DIE LINKE.):** Nein, okay. Ich frage nur deswegen, weil jeder weiß, was so ein Bundestagsabgeordneter verdient. Das ist ja nicht schlecht. Und wenn die Agentur Edelman so ca. zehn Jahresgehälter von einem Bundestagsabgeordneten bekommt für diesen Sachverhalt, könnte ich mir vorstellen, dass die da ein bisschen was tun für ihr Geld. Deswegen wollte ich einfach nur mal fragen.

**Zeuge Raimund Röseler:** Ich kann nur sagen, bei mir ist kein Lobbyist bisher aufgeschlagen.

**Fabio De Masi (DIE LINKE.):** Okay, dann würde ich gerne nochmal zu dem Sachverhalt mit dem Insiderhandel fragen: Haben Sie Kenntnis davon, ob Mitarbeiter der BaFin jemals auch von ihren Diensthandys während der Arbeitszeit Wertpapierkäufe oder -verkäufe getätigt haben?

**Zeuge Raimund Röseler:** Ich kenne nur die Regel, dass es nicht erlaubt ist.

**Fabio De Masi (DIE LINKE.):** Während der Dienstzeit?

**Zeuge Raimund Röseler:** Ja, während der Dienstzeit Geschäfte vom Handy aus zu machen, vom Diensthandy aus zu machen – es ist nicht erlaubt.

Ich kann nicht ausschließen, dass einzelne - -  
Wie gesagt, da bin ich jetzt wirklich nicht zuständig.

**Fabio De Masi (DIE LINKE.):** Okay.

**Zeuge Raimund Röseler:** Ich erfahre ja noch nicht einmal, welcher Mitarbeiter dann Geschäfte gemacht hat – und ich würde es gerne erfahren. Ich habe ein paar Mal nachgefragt, weil ich gerne wissen würde, wer es bei mir denn war.

**Fabio De Masi (DIE LINKE.):** Ich will einfach nochmal ein paar Sachverhalte streifen. Ich weiß, es ist nicht unmittelbar Ihr Aufgabenbereich, aber: Haben Sie denn jemals Kenntnis erlangt - im Rahmen Ihrer Rolle, Ihrer Funktion - auch von bedeutenden PEPs, die Kundenbeziehungen hatten mit der Wirecard Bank? Also, mit PEPs meine ich „politisch exponierte Persönlichkeiten“, Verzeihung.

**Zeuge Raimund Röseler:** Wüsste ich jetzt nicht, wer.

**Fabio De Masi (DIE LINKE.):** Haben Sie von, zum Beispiel Harry Peter Carstensen, haben Sie keine - -

**Zeuge Raimund Röseler:** Ich habe es gestern im Blog gesehen. Ich weiß jetzt, wer es ist, nachdem es die 500 Dollar-Frage war, so stand es ja, glaube ich, drin. Aber war mir absolut unbekannt.

**Fabio De Masi (DIE LINKE.):** Aber Sie wussten schon, wer Harry Peter Carstensen ist, oder?

**Zeuge Raimund Röseler:** Ja, ich hätte jetzt auch hier an diesem Tisch - - Ich wäre jetzt nicht darauf gekommen. Aber ich weiß jetzt schon, wer es ist; danach hat es geklingelt. Aber ich wusste nicht, dass er Kunde da ist. Nein.



# Deutscher Bundestag

3. Untersuchungsausschuss  
nach Artikel 44 des Grundgesetzes

## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Fabio De Masi (DIE LINKE.):** Okay, ich will nochmal fragen bezüglich der Einstufungsentscheidung „Finanzholding“ und - wir haben das ja hier vertieft - würden Sie mir zustimmen, dass durch die letzten Regulatory Technical Standards im Prinzip, also durch die Änderung an der CRR, dieser Ermessensspielraum eingegrenzt wurde?

**Zeuge Raimund Röseler:** Nein.

**Fabio De Masi (DIE LINKE.):** Nein?

**Zeuge Raimund Röseler:** Würde ich nicht so sehen, weil nach wie vor lesen meine Juristen dieses zusätzliche Kriterium, was da genannt ist „oder ein anderes relevantes Kriterium“ als Hinweis darauf, dass Ermessensspielraum da ist.

**Fabio De Masi (DIE LINKE.):** Okay. Und könnten Sie mir sagen - es gab ja dieses Gespräch mit Herrn Wexeler, und es gab ja auch Vereinbarungen zwischen Bundebank und BaFin, was Maßnahmen betrifft im Zuge dieser Aufwärtsabspaltung, also wenn die Bank nicht liefert - was dann zu unternehmen ist? Gab es denn Maßnahmen, die sich, ich sage mal, auf die Frage von Großkrediten bezogen, die bei der BaFin angesiedelt waren? Also Aufgaben, wo die Bundesbank und die BaFin verabredet haben, das ist jetzt etwas, was ihr in die Hand nehmt. Und könnten Sie die näher umschreiben?

**Zeuge Raimund Röseler:** Im Zusammenhang mit dem Wexeler-Gespräch waren die Aufgaben eigentlich alle bei der Bundesbank angesiedelt, weil das ist auch die Aufgabenteilung, die bisher im Bereich nicht riskanter LSIs so ist: Bundesbank macht Informationsgewinnung und Informationserhebung.

**Fabio De Masi (DIE LINKE.):** Das ist seltsam, weil, wie hieß denn - ich bin schon ein bisschen

geschlaucht auch - vorher unser Gast? Der war doch auch bei der BaFin.

**Zeuge Raimund Röseler:** Herr Damberg?

**Fabio De Masi (DIE LINKE.):** Herr Damberg. Und der sagte, dass zumindest einige Bereiche der BaFin zugeordnet gewesen seien.

**Zeuge Raimund Röseler:** Ja, das Thema „Anforderung“ - also ich war ja in dem Gespräch nicht dabei, ich kenne nur das Protokoll. Danach war es die „Anforderung der Aufsichtsratsprotokolle“, wo wir der Meinung waren „wenig prioritär“.

**Fabio De Masi (DIE LINKE.):** Die Anforderung der Aufsichtsratsprotokolle?

**Zeuge Raimund Röseler:** Ja.

**Fabio De Masi (DIE LINKE.):** Okay. Das hätte ich für Sie auch erledigen können, ehrlich gesagt.

**Zeuge Raimund Röseler:** Ja, ist auch wenig prioritär, weil - wenn denn Einflussnahme vorhanden gewesen sein sollte - steht das nicht in den Protokollen drin.

**Fabio De Masi (DIE LINKE.):** Das ist seltsam, weil aus - na gut, ich darf jetzt nicht zitieren - aus der Vorlage - - Ich sage jetzt nur so viel: Ich glaube, dass die Bundesbank das anders darstellen würde, oder anders darstellt. Aber gut, mehr kann ich jetzt an dieser Stelle nicht sagen.

**Zeuge Raimund Röseler:** Mein Verständnis, was ich - nach dem Gespräch oder nach den Akten hier - von meinen Kollegen hatte.

**Fabio De Masi (DIE LINKE.):** Ich bin gleich fertig. Wissen Sie, was einfach - ich glaube für die Öffentlichkeit und für uns - so schwierig ist: Jeder hat immer eine gute Erklärung. Also der eine



# Deutscher Bundestag

3. Untersuchungsausschuss  
nach Artikel 44 des Grundgesetzes

## Nur zur dienstlichen Verwendung

sagt, Bundesbank hat dieses gemacht, die BaFin hat dieses gemacht - und es ist wirklich ein Phänomen. Nehmen wir jetzt allein das Leerverkaufsverbot: Die Staatsanwaltschaft sitzt hier auf Ihrem Platz und sagt, „ja, wir haben wegen Erpressung gar nicht ermittelt“. Und alle BaFin-Vertreter sagen uns, „da gab es ein Leerverkaufsverbot von der BaFin“, und die BaFin sagt, „ja, wir haben das nur gemacht, weil die Staatsanwaltschaft hat wegen Erpressung ermittelt“. Verstehen Sie?

**Zeuge Raimund Röseler:** Ich verstehe Ihre Situation ziemlich genau, und da sind wir auch völlig einer Meinung. Nach diesem Skandal muss es, gibt es Handlungsbedarf.

**Fabio De Masi (DIE LINKE.):** Haben Sie denn jemals, ich sage mal, ein Dokument bekommen von der Staatsanwaltschaft, wo drin steht „Ermittlungen nach Paragraf so und so wegen Paragraf xyz“?

**Zeuge Raimund Röseler:** Nicht im Zusammenhang mit Wirecard und Leerverkauf. Sonst habe ich solche Dokumente schon bekommen, aber nicht - -

**Fabio De Masi (DIE LINKE.):** Aber ausgerechnet da nicht.

**Zeuge Raimund Röseler:** Da nicht. Aber hier war es ja auch nicht die Bank. Und hier bin ich immer von ausgegangen, wenn liegt das Dokument bei Frau Roegele und nicht bei mir.

**Fabio De Masi (DIE LINKE.):** Ich verstehe, „Bank“, das ist nicht Ihr Zuständigkeitsbereich. Aber im Rahmen Ihrer Zuständigkeit im Exekutivdirektorium oder so, da ist nie irgendwie - -

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Herr De Masi.

**Fabio De Masi (DIE LINKE.):** Ich war nur gerade so fasziniert.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Ich habe das gemerkt. Aber da sind bestimmt noch andere, die wollen auch noch Fragen stellen. Und eine Runde gehen wir bestimmt noch, sagt so mein Gefühl. Und deswegen gucke ich jetzt mal zu Bündnis 90/Die Grünen. Wer möchte? Dr. Bayaz.

**Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Vielen Dank. Herr Röseler, Sie sagten vorhin zu Herrn Hauer, die Wirecard Bank sei ein „weniger signifikantes LSI“ gewesen. Können Sie uns das nochmal technisch kurz erklären?

**Zeuge Raimund Röseler:** LSI ist schon mal ganz klar die „Unter-30 Milliarden“, die unter unserer Aufsicht sind. Und die haben wir - - Zur Risikoklassifizierung nutzt man ein sogenanntes Risikoprofil. In dem Risikoprofil haben wir Kategorien: einmal „wie relevant ist das Institut, wenn es ausfallen würde für den Finanzmarkt“, für Finanzstabilität, und zum anderen „wie schätzen wir die Qualität von dem Institut ein“. Bei der Wirecard Bank waren die meisten ja in den beiden Dimensionen auf Stufe zwei. Das heißt nicht - ich kenne jetzt nicht die wörtliche Definition - heißt aber nicht „besonders relevant“ und „ziemlich gutes Institut“.

**Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Genau. Sie sagten ja vorhin „weniger signifikantes LSI“, also irgendwie „doppelt nicht signifikant“ - ich übersetze es jetzt mal etwas flapsig und untechnisch. Und nach meinem Verständnis ist es ja so, dass die durch die BaFin beaufsichtigt werden, und die signifikanten Institute von der EZB. Richtig?

**Zeuge Raimund Röseler:** Bei der EZB sind wir in der Aufsicht mit dabei, in Joint-Supervisor-Teams. Die Nicht-Signifikanten werden von uns in Zusammenarbeit mit der Bundesbank beaufsichtigt. Dafür gibt es eine Aufsichtsrichtlinie, die die Details und die Zuständigkeiten regelt.



# Deutscher Bundestag

3. Untersuchungsausschuss  
nach Artikel 44 des Grundgesetzes

## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**  
Und was ist der Gedanke, und was ist die Logik dahinter, hinter dieser Aufteilung?

**Zeuge Raimund Röseler:** Die Bundesbank ist in der Fläche präsent - wir haben immerhin in Deutschland immer noch 1400 Institute, oder so was - und die Bundesbank ist in dieser Fläche präsent und deswegen auch für die laufende Informationsgenerierung, Informationserhebung, zuständig – außer bei den Instituten, die problematischer sind. Wir haben „aufsichtsintensive“ oder „Probleminstitute“ Genannte, da machen wir selber mehr, gemeinsam mit der Bundesbank. Aber bei der normalen Sparkasse, normalen Volksbank oder auch normalen, gutgehenden Privatbank macht die Bundesbank - -

**Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**  
Verstanden. Ich meinte jetzt auch eher so ein bisschen die Aufteilung zwischen den nationalen Behörden, also Sie und Bundesbank und EZB. Verstehe ich das richtig: Wenn die - - Oder, habe ich das richtig verstanden: Wenn die EZB wollte, und eine Bank, ein Institut als signifikant anerkennt – dass sie die Aufsicht an sich ziehen könnte?

**Zeuge Raimund Röseler:** Sie könnte die Aufsicht ohnehin für ein Institut an sich ziehen, wenn sie meint, die nationale Aufsicht macht ihre Aufsicht nicht richtig. Oder wenn es halt groß genug ist, dann ohnehin. Also, wenn es oberhalb der 30 Milliarden ist, ist ohnehin die EZB zuständig.

**Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**  
Aber bei Wirecard hat die EZB jetzt nie angefragt, ob sie die Aufsicht an sich ziehen kann oder sollte, oder hat das näher eruiert? Das war nie Thema?

**Zeuge Raimund Röseler:** Nein.

**Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**  
Okay. Ich frage das deswegen - auch wiederum erwarte ich gar keine Antwort von Ihnen, weil das nicht Ihr Ressort, nicht Ihre Zuständigkeit ist - aber genau aus der gleichen Intention wie Herr De Masi, weil wir das gestern auch mit dem Juristen der Bundesbank sehr intensiv diskutiert haben. Weil es in dem Artikel 24 der Verordnung für Leerverkäufe Tatbestandsvoraussetzungen für Leerverkäufe gibt, und da gibt es eine abschließende Liste. Und da hat sich die BaFin auf den Artikel, auf den Buchstaben c bezogen, wo es heißt:

c) erheblichen Verkaufsdruck oder ungewöhnliche Volatilität, die bei Finanzinstrumenten, die sich auf Banken oder andere Finanzinstitute, die als wichtig für das globale Finanzsystem angesehen werden, wie in der Union tätige Versicherungsgesellschaften, Marktinfrastruktur-Anbieter und Vermögensverwaltungsgesellschaften, und gegebenenfalls auf öffentliche Emittenten beziehen, eine erhebliche Abwärtsspirale in Gang setzen

würde.

Das würde für mich für ein „signifikantes Institut“ sprechen und nicht für ein „nicht-“, oder für ein LSI, an der Stelle.

**Zeuge Raimund Röseler:** Wobei man hier wahrscheinlich noch eine Unterscheidung „Wirecard AG“ und „Wirecard Bank“ machen muss. Aber die Wirecard Bank ist definitiv nicht besonders signifikant gewesen.

**Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**  
Ja, und die Bundesbank sagt dasselbe auch über die Wirecard AG.

**Zeuge Raimund Röseler:** Hmm.



# Deutscher Bundestag

3. Untersuchungsausschuss  
nach Artikel 44 des Grundgesetzes

## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**  
Wenn die Zeit habe - ja, die habe ich noch - wollte ich nochmal auf ein anderes Thema springen an der Stelle, und zwar: Wir hatten eine schriftliche Frage gestellt, Drucksache 19/25900. Da geht hervor, dass es in Deutschland insgesamt 26 Kreditinstitute gibt, die in ähnlicher Konzernstruktur organisiert sind wie die Wirecard-Bank AG innerhalb der Wirecard AG. Und bei 16 von diesen 26 Instituten hat die BaFin jetzt im letzten Jahr die Finanzholding-Eigenschaft nochmal evaluiert - Sie hatten sich ja da vorhin auch nochmal kurz drauf bezogen - und neu geprüft. Und bei neun der 16 Institute wurden jetzt bereits entschieden, dass sie jetzt als Finanzholding klassifiziert werden. Ich finde es ein bisschen widersprüchlich.

**Zeuge Raimund Röseler:** Nein, nicht neun von 16, das stimmt nicht.

**Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**  
Das stimmt nicht?

**Zeuge Raimund Röseler:** Drei Institute haben wir neu klassifiziert. Und ich glaube, das hatten wir so in der Antwort auch formuliert.

**Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**  
Ich habe hier neun von 16 stehen - und habe das auch, ehrlich gesagt, in meinem Kopf gespeichert gehabt -, aber vielleicht ist mir - -

**Zeuge Raimund Röseler:** Wir haben bei neun von - -

**Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**  
Ja, sagen Sie es, wie Sie es in Erinnerung haben.

**Zeuge Raimund Röseler:** Jetzt lesen Sie die Formulierung, Entschuldigung, vielleicht nochmal.

**Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**  
Bei 16 von diesen 26 Instituten hat die BaFin im

Jahr 2020 die Finanzholding-Eigenschaften neu geprüft. Und bei neun der 16 Institute wurde bereits entschieden, dass diese nun als Finanzholding klassifiziert werden.

**Zeuge Raimund Röseler:** Dann ist da irgendwas schief gelaufen. Ich kann es jetzt aber nicht erklären. Wir haben bei drei Instituten auf jeden Fall - die haben wir neu als Finanzholding klassifiziert. Einer ist mal durch die Presse gegangen.

**Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**  
N 26.

**Zeuge Raimund Röseler:** Ich darf jetzt nichts zu anderen, zu denen sagen. Einer ist durch die Presse gegangen, der Zweite ist ein relativ kleiner Fintech, ganz klarer Fall, und der Dritte ist eine horizontale Konsolidierung mit einer ausländischen Schwestergesellschaft. Das sind die drei, die wir neu klassifiziert haben. Wir haben alle - -

**Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**  
Was hat sich da - - Ohne Details, abstrakt - hat sich in der Methodik was verändert oder hat sich in der Substanz, als Sie das letzte Mal das angeschaut haben, was verändert? Weil offenbar sind Sie ja zu einem anderen Ergebnis gekommen. Und ich finde, es widerspricht ein wenig der Aussage, die Sie vorhin getätigt hatten, „ja, bei Wirecard wäre das nicht so passiert, da hätten wir keine neue Klassifikation“.

**Zeuge Raimund Röseler:** Jetzt bin ich in einer blöden Situation, weil der eine Fall, dieser kleine Fintech, ist irgendwie selbsterklärend. Den gibt es auch noch nicht so lange. Die beiden anderen Fälle darf ich jetzt schlicht hier an dieser Stelle nichts zu sagen. Aber es gibt einen ganz gravierenden Unterschied: Nämlich bei dem einen Fall ist das ganze Unternehmen darauf ausgerichtet, für die Bank zu arbeiten. Die Bank steht im Mittelpunkt von allem. Aber ich darf - - Ich weiß jetzt nicht, dürfte ich wahrscheinlich nicht mal



# Deutscher Bundestag

3. Untersuchungsausschuss  
nach Artikel 44 des Grundgesetzes

## Nur zur dienstlichen Verwendung

in vertraulicher Sitzung was zu den beiden konkreten Fällen sagen.

**Dr. Danyal Bayaz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein, mir reicht das schon auch abstrakt. Aber ich glaube, ich kann Ihnen an der Stelle dazu folgen.

**Zeuge Raimund Röseler:** Und der dritte Fall ist noch problematischer. Dazu will ich jetzt - - Da sind wir auch in anderer Weise aktiv, und da ist die Konsolidierung eigentlich unser kleinstes Thema, da kommt noch ganz anderes.

**Dr. Danyal Bayaz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber das Wirecard-Desaster, entschuldigen Sie die Wortwahl, aber das Wirecard-Desaster hat getriggert, dass Sie diesen - -

**Zeuge Raimund Röseler:** Das Wirecard-Desaster – natürlich. Weil, ich habe dann damals schon gesagt: Erstens möchte ich geprüft haben - das habe ich Ihnen schon gesagt, von meinem Referat B51 -, war die Entscheidung 2017 richtig. Und ich möchte geprüft haben, ob wir nicht doch irgendeinen Fall übersehen haben. Deswegen haben wir die alle nochmal geprüft, einschließlich der BMW-Bank oder der Siemens-Bank. Wir haben uns die alle nochmal angeguckt. Aber selbst die vermeidlichen klaren Fälle, da mussten wir dann schon mal genauer reingucken. Weil oft ist ja eine Bank nicht direkt oben bei der AG angehangen, sondern da gibt es ja vielleicht so eine Zwischenholding, wo das Bild anders aussehen könnte. Deshalb haben wir uns die alle nochmal angeguckt. Ich komme jetzt nur - - Aber das liegt jetzt an mir, dafür müsste ich mir diese Tabelle - da habe ich sogar eine Tabelle vor Augen, wo diese neun und diese drei und so draufsteht - die nochmal angucken. Ich komme jetzt nicht mehr auf diese neun.

**Dr. Danyal Bayaz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Danke.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Gerne. So, jetzt sind wir mit einer Runde durch. Ich möchte ja, dass Sie sich als Zeuge trotz unbequemer Fragen wohl fühlen. Jetzt ist die Frage, nach knapp dreieinhalb Stunden fast oder dreieinviertel, ob Sie kurz eine Pause wünschen? Dr. Zimmermann könnte dann für Frischluftzufuhr sorgen. Würde ich dann fünf Minuten/zehn Minuten - - Wäre das für Sie okay?

**Zeuge Raimund Röseler:** Zehn Minuten, einmal technische Pause und einmal eine rauchen.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Eine technische, okay, alles klar, kann ich verstehen.

(Zwischenruf)

**Vorsitzender Kay Gottschalk** (AfD): Also ich habe vorhin den Kollegen so verstanden, die wollen noch. Ich habe noch eine, eigentlich. Aber wenn die Union jetzt - - Ist ja schon mal ein Vorbild. Ich habe auch schon gehört, dass wohl keine eingestuft sind. Das haben wir auch schon reingeholt. Eine Runde noch, ich würde sagen, aber zehn Minuten dann, wenn der Zeuge - - Es sei denn jetzt, es wäre wirklich eine Runde nur, dann - -

**Dr. Danyal Bayaz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich habe den Eindruck, Herr Vorsitzender, wenn wir eine Runde machen, dass es nicht mal eine volle ist. So, und deswegen hätte ich jetzt gedacht, dass wir das ohne Pause jetzt einfach durchziehen.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Wenn dem so wäre, dann gucke ich zum Zeugen rüber: Ich wollte es angeboten haben, dann würden wir das jetzt versuchen. Alles klar, okay, dann versuchen wir das jetzt. Und dann bekommen wir das vielleicht ohne Pause und Frischluftzufuhr hin. Danke für die Kooperation, wie immer. Dann würde ich sogar sagen, weil meine Frage, glaube



# Deutscher Bundestag

3. Untersuchungsausschuss  
nach Artikel 44 des Grundgesetzes

## Nur zur dienstlichen Verwendung

ich, um Dr. Zimmermann zu zitieren, wird jetzt den Sachverhalt hier, den Bock nicht mehr umstoßen, um im Fußballdeutsch zu bleiben, dann würde ich mich dem Chor anschließen und von meinem Fragerecht nicht Gebrauch machen. Und gebe das Staffelholz gleich an den Kollegen Toncar.

**Dr. Florian Toncar (FDP):** Danke schön. Herr Röseler, Sie haben ja im Inhaberkontrollverfahren aber auch jederzeit sonst aufgrund von § 44b KWG die Möglichkeit, den Inhaber einer bedeutenden Beteiligung an einer Bank zu prüfen. Und zwar dann, nach § 44 b, wenn gewissermaßen sich möglicherweise Untersagungsgründe aufdrängen oder es Anhaltspunkte dafür gibt. Und natürlich wäre ein Untersagungsgrund eine so grob fehlerhafte Bilanz, wie sich das herausgestellt hat. Also, natürlich hätte mit dem heutigen Wissen keinerlei Inhaberkontrollverfahren je eine Chance auf Erfolg gehabt. Deswegen ist meine Frage: Warum haben Sie die bekannten - und die ja durchaus nicht nur aus der Presse, sondern auch sonst - relativ fundierten Anhaltspunkte auf Bilanzfälschung nicht zum Anlass genommen, nach § 44 b vorzugehen? Was müsste denn passieren, dass Sie von dieser Vorschrift mal Gebrauch machen, wenn dieser Fall keiner ist, ehrlich gesagt, wo man diese Vorschrift mal anwendet?

**Zeuge Raimund Röseler:** Der § 44 b erlaubt erstmal, dass wir Auskünfte und Unterlagen von den Eigentümern einfordern, also von der AG einfordern. Und wir können dann Wirtschaftsprüfer beauftragen, die Auskünfte, die wir haben, zu prüfen. Das hier, da hätten wir de facto den Jahresabschluss nochmal prüfen lassen müssen – das, was EY macht, oder EY gemacht hat. Der § 44 b ist jetzt so strukturiert, Sie brauchen die Fakten. Die Formulierung, die im Gesetz steht ist "Tatsachen, die die Annahme rechtfertigen". Dann können wir das ziehen; es muss ja angemessen sein, verhältnismäßig sein. Die Formulierung ist nicht

„Tatsachen, die die Annahme rechtfertigen könnten oder eventuell rechtfertigen könnten“, sondern das steht wirklich „Tatsachen, die die Annahme rechtfertigen“. Das haben wir mal diskutiert; das habe ich mit dem zuständigen Abteilungsleiter sehr wohl diskutiert, als das in der Financial Times - - als das dann hochkam. Wie ich ihm gesagt habe, wir waren immer genau. Das waren wir eben nicht – wir haben den testierten Jahresabschluss, der widerlegt den Financial Times Artikel.

**Dr. Florian Toncar (FDP):** Aber das heißt, dass Sie gewissermaßen aus einem testierten Jahresabschluss automatisch schließen, dass der Tatbestand von § 44 b dann entfällt, oder wie?

**Zeuge Raimund Röseler:** Zumindest wenn es um Bilanzprüfung geht. Es geht ja nicht nur um das Thema Bilanzierung bei dem § 44 b; könnten ja auch andere Sachverhalte sein.

**Dr. Florian Toncar (FDP):** Ja, aber die finanzielle Solidität.

**Zeuge Raimund Röseler:** Wenn ich einen testierten Jahresabschluss habe, wie komme ich dazu, den in Frage zu ziehen?

**Dr. Florian Toncar (FDP):** Aber Herr Röseler?

**Zeuge Raimund Röseler:** Nicht wegen einems Artikels in der Financial Times; oder auch mehreren Artikeln.

**Dr. Florian Toncar (FDP):** Wenn testierte Abschlüsse per se unwiderlegliche Vermutungen hervorbringen würden, dann gäbe es keine Bilanzfälschung in dieser Welt.

**Zeuge Raimund Röseler:** Nein, testierte Abschlüsse bei Banken führen sehr wohl dazu, dass wir trotzdem Werthaltigkeitsprüfung bei Banken



# Deutscher Bundestag

3. Untersuchungsausschuss  
nach Artikel 44 des Grundgesetzes

## Nur zur dienstlichen Verwendung

machen. Aber die Hürde, um auf die Eigentümer zu gehen, ist höher.

**Dr. Florian Toncar (FDP):** Ja, aber die Tatsachen haben schon für ein Bilanzkontrollverfahren noch gereicht.

Im Kontext Leerverkaufsverbot: Ich weiß, wie die Ressortzuständigkeit ist. Aber es ist ja eine überaus wichtige Maßnahme, wo ich auch eine gewisse Gesamtverantwortung sehe. Ist Ihnen berichtet worden, was die Handelsüberwachungsstelle der Frankfurter Wertpapierbörse zu der Frage sagt, ob es überhaupt eine Short-Attack gab? Haben Sie davon mal erfahren?

**Zeuge Raimund Röseler:** Ich habe es heute Morgen in der Zeitung gelesen, dass das wohl nicht der Fall war.

**Dr. Florian Toncar (FDP):** Ja, in der Tat – und auch schriftlich berichtet wurde. Aber war das mal Thema im Direktorium oder ist Ihnen die Information damals nicht bekannt gemacht worden?

**Zeuge Raimund Röseler:** Ich weiß es seit heute.

**Dr. Florian Toncar (FDP):** Alles klar, Danke schön, Herr Vorsitzender.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Das ging wunderbar. Dann Fabio De Masi für die Fraktion Die Linke. Keine? Bitte schön, Dr. Bayaz.

**Fabio De Masi (DIE LINKE.):** Ich habe immer Fragen. Wenn Sie mich jetzt zwingen wollen - -

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Nein, würde ich mir nie rausnehmen.

**Fabio De Masi (DIE LINKE.):** Okay, alles klar.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Wir haben ja noch das Derby, also nein, nein, nein, dann Dr. Bayaz, bitte. Ich glaube das gar nicht, ich bin wie paralyisiert hier. Okay, dann stelle ich zunächst fest, es ist mir auch mitgeteilt worden, dass keiner mehr Wünsche in eingestufte Sitzung hat. Dann stelle ich fest, dass keine Fraktion noch Fragen hat.

Dann können wir Ihre Befragung für heute beenden. Im Rechtssinne abgeschlossen ist Ihre Vernehmung damit allerdings noch nicht. Vielmehr wird Ihnen das Protokoll Ihrer Vernehmung übersandt. Sie haben dann zwei Wochen Zeit, um etwaige Protokollierungsfehler zu monieren und uns darauf aufmerksam zu machen, Ihre Aussage gegebenenfalls inhaltlich richtig zu stellen oder zu ergänzen. Erst danach beschließt der Ausschuss über den Abschluss der Vernehmung.

Und, ich muss jetzt nochmal, weil ein Vorhalt, ein stiller gemacht wurde, ein Schweigegebot erlassen: Herr Röseler, Herr Dr. Birke, Sie hatten Einblick in eine VS-Vertraulich eingestufte Unterlage. Sie müssen daher entsprechend § 174 Absatz 3 des Gerichtsverfassungsgesetzes zur Verschwiegenheit verpflichtet werden. Ich stelle ein solches Schweigegebot zur Abstimmung. Höre ich Widerspruch? Nein, dann ist dieses Schweigegebot so beschlossen. Ich stelle fest, der Ausschuss macht dem Zeugen und seinem Rechtsbeistand Dr. Birke die Geheimhaltung der als geheim oder vertraulich eingestuften Tatsachen zur Pflicht, die ihm durch die Vernehmung in dieser Sitzung zur Kenntnis gelangt sind. Der Zeuge, Herr Röseler, und sein Rechtsbeistand, Dr. Birke, wird darauf hingewiesen, dass derjenige, der gegen die auferlegte Schweigepflicht verstößt, sich strafbar machen kann.

Damit stelle ich fest, dass wir am Ende der heutigen Beweisaufnahme sind. Ich darf mich bei allen, vor allen Dingen auch beim Zeugen Röseler und seinem Rechtsbeistand herzlich bedanken, Ihnen eine angenehme Heimreise wünschen, ein



# Deutscher Bundestag

3. Untersuchungsausschuss  
nach Artikel 44 des Grundgesetzes

## Nur zur dienstlichen Verwendung

schönes Wochenende und doppelt hält besser, bleiben Sie gesund in der schwierigen Zeit. Meinen Kollegen wünsche ich selbiges, ein schönes Wochenende, bleiben Sie alle gesund und eine gute Heimreise, sofern Sie die antreten und bis nächste Woche. Die Sitzung ist damit geschlossen. Vielen Dank.

Ende der Sitzung: 18.44 Uhr

## Anlage

Korrektur- und Ergänzungsanmerkungen des  
Zeugen Raimund Röseler



## Deutscher Bundestag

3. Untersuchungsausschuss  
nach Artikel 44 des Grundgesetzes

### Nur zur dienstlichen Verwendung

**Frank Schäffler (FDP):** Ja, aber die Wirecard Sales International hatte ein Konto bei der Wirecard-Bank.

**Zeuge Raimund Röseler:** Ja.

**Frank Schäffler (FDP):** Und dieser Sachverhalt ist ja hier relevant.

**Zeuge Raimund Röseler:** Ja, ich meine, ganz viele hatten ein Konto bei der Bank, das waren ganz viele Transaktionen über das Konto. Aber Sie halten mir das Dokument vor, was ich nicht - -

**Frank Schäffler (FDP):** Ja, aber wenn dieses Round-Tripping eine vermutete Betrugsmasche war bei Wirecard - das steht ja im Raum -, dann muss man ja fragen, wie haben die das gemacht? Und dann kommt so ein Hinweis rein, vor langer Zeit - jetzt haben wir 2021, fast März, und das ist mindestens ein halbes Jahr her - und das würde vielleicht zur Sachverhaltsaufklärung wesentlich beitragen, und Sie und Ihr Kollege wissen davon nichts. Also, das finde ich schon relevant.

**Zeuge Raimund Röseler:** Ich kenne das Dokument auf jeden Fall nicht. Mehr kann ich Ihnen dazu nicht sagen.

**Frank Schäffler (FDP):** Ja. Eine andere Sache: Sie haben vorhin über die forensische Vorgehensweise gesprochen, bei Sachverhalten. Der Aufsicht waren ja die Abhängigkeitsberichte der Wirecard-Bank AG bekannt. Und da geht ja hervor, dass im Jahr 2018 von den 100 Millionen strategischen Kredite 20 Millionen nicht ordentlich bedient wurden. Wäre das nicht ein Ansatz gewesen, hier etwas stärker reinzugrätchen - oder früher reinzugrätchen?

**Zeuge Raimund Röseler:** Von den gut 100 Millionen - 117 Millionen waren es glaube ich, so um

den Dreh - war laut Einordnung der Wirtschaftsprüfer ein Kredit ausgefallen von ~~200~~ 2,4 Millionen [sic].

**Frank Schäffler (FDP):** Nein.

**Zeuge Raimund Röseler:** Doch, es gibt einen in der Ratingstufe 3.

**Frank Schäffler (FDP):** Also hier steht, es sind insgesamt 100 464 000. Und dann steht von diesen Bürgschaften, es sind drei - Aviatec-Holding, Michelipei Asia usw. und WPS - das sind zusammen 20 Millionen, und das ist ein Fünftel.

**Zeuge Raimund Röseler:** Die waren noch nicht mal in der Ratingklasse 3 eingestuft, von dem Wirtschaftsprüfer. Das sind die ausfallgefährdeten, die waren als, sinngemäß „als bemerkenswerte Kredite“ dargestellt. Und vielleicht noch zur Entwicklung dieser strategischen Kredite, das war ja damals noch EY als Prüfer. Der nächste Abschlussprüfer hat eine Stichprobe bei den strategischen Krediten gezogen, die wundert einen heute, aber da waren von 13 Krediten der Stichprobe neun Kredite in der Ratingklasse 1. Das sind, laut Definition von PwC, „Kredite ohne erkennbare Risiken“. Von daher gab es nach den Berichten der Wirtschaftsprüfer keinen Anlass, an der Werthaltigkeit dieses Kreditportfolios als Ganzes zu zweifeln.

**Frank Schäffler (FDP):** Und an der Strategie? Ich sage mal, dass von den 250 Millionen Krediten, die ausgereicht wurde, alleine 100 Millionen für diese strategischen Partner ausgegeben wurden - das war auch kein Problem? Und davon wiederum - -

**Zeuge Raimund Röseler:** Ja doch, das wurde ja auch in Aufsichtsgesprächen diskutiert. Die Bank hatte - so war unser Bild von der Bank - die Bank hatte Kreditgeschäft nicht als Kerngeschäft. Sie



# Deutscher Bundestag

3. Untersuchungsausschuss  
nach Artikel 44 des Grundgesetzes

## Nur zur dienstlichen Verwendung

214 machte Kreditgeschäft vor allen Dingen in Kooperation mit dem Konzern. Und ganz ehrlich, das machen andere Banken auch, die zu Industriekonzernen gehören. Das ist oft das Motiv, eine Bank zu schaffen, dass irgendwie die Absatzbemühungen des Konzerns unterstützt werden sollen. Ein Kredit war ausgefallen, das war dieser 200 Millionen-Kredit, den Sie eben auch genannt hatten. Und dann gab es ein paar andere, die waren „bemerkenswert“. So habe ich das in Erinnerung, aus der Prüfungsberichtsauswertung, die wir von der Bundesbank bekommen haben, so habe ich es in Erinnerung. Aber wir mussten nicht per se an dem ganzen Portfolio zweifeln, in dem Sinne „das ist nicht werthaltig“.

**Frank Schäffler (FDP):** Okay.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Dann Kollege Zimmermann für die SPD Fraktion.

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Vielen Dank, Herr Vorsitzender. Herr Röseler, wir haben ja jetzt die letzten 48 Stunden einige Kolleginnen und Kollegen von BaFin und Bundesbank hier gehabt. Vielleicht können Sie nochmal ganz kurz einordnen, was Ihre Aufgabe ist, und wie sich diese Aufgabe eigentlich in diesem ganzen Fall Wirecard, aus Ihrer Sicht, eigentlich einordnet, als Zuständiger für die Bankenaufsicht.

**Zeuge Raimund Röseler:** Wie ich am Anfang schon sagte, wir haben eine Aufsichtsrichtlinie in Deutschland, das ist gesetzlich vorgegeben, dass wir die im Einvernehmen mit der Bundesbank machen. Die Bundesbank ist in der Fläche präsent, die ist näher an den Instituten dran, und bei nicht aufsichtintensiven Instituten oder Problem-instituten ist die Bundesbank zuständig für alles, was Informationsgewinnung bedeutet. Dazu gehört auch die Auswertung von Prüfungsberichten. Das macht die Bundesbank, das machen nicht wir. Die Aufgabenverteilung verschiebt sich

ein bisschen, je riskanter oder je größer die Institute werden. Aber das hier war ein damaliger *(akustisch unverständlich)*.

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Wenn wir über Institute sprechen, dann sprechen wir in diesem Fall von der Wirecard-Bank AG?

**Zeuge Raimund Röseler:** Ja.

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Das heißt, also das ist ja auch immer wieder ein, aus meiner Sicht finde ich, ein wichtiger Punkt: Die Aufsicht, Ihre Aufsicht, lag auf der Wirecard-Bank AG und nicht auf der Wirecard AG als Ganzes?

**Zeuge Raimund Röseler:** Exakt.

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Jetzt haben wir mit Herrn du Buisson gesprochen und mit Herrn Damberg - das sind zwei Beamte in der Linie Ihrer Zuständigkeit?

**Zeuge Raimund Röseler:** Herr Damberg ja, Herr du Buisson war das, bis vor zwei/drei Jahren, jetzt ist er es nicht mehr.

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Ja, gut, nur um das unserem Zeugenportfolio richtig zuzuordnen. Jetzt haben wir uns mit den beiden Herren schon intensiv über zwei Dinge unterhalten, die irgendwie doch eine große Rolle spielen, weil es so ein bisschen das Framing ist, „hätte Herr Röseler mit seinen Leuten mal bisschen ordentlicher geprüft, dann wäre die Wirecard AG als Finanzholding eingestuft worden, dann hätte man das alles viel früher entdeckt“. Das ist ja das, was so im Raum steht. Gab es - aus Ihrer Sicht oder aus ihrer Erinnerung - irgendwann mal von irgendeiner Seite einen Hinweis oder auch, dass man auf Sie zugegangen ist, und gesagt hätte, „wir müssen uns mal über die Einstufung der Wirecard als Ganzes unterhalten“?